Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm. außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat September 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.Gmbh., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Mittwoch, den 3. September 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 155**

Völkerbundsphrasen . . .

Die Tagung in Genf begonnen

r. **Halle**, 3. September.

In Genf hat die große Herbsttagung des Völkerbundes begonnen. Die führenden Staatsmänner von 53 kapitalistischen Regierungen sind zusammengetreten, um — wie es in den offiziellen Kommentaren heißt — das „Werk des Friedens", das in London begonnen wurde, fortzusetzen. Zum Präsidenten der Völkerbundsversammlung wurde der Schweizer Bundesrat Motta gewählt und durch Bildung von Unterkommissionen ist die Völkerbundsversammlung bereits an ihre praktische Arbeit gegangen.

Warum plötzlich diese große Aufmachung der Völkerbundstagung, an der selbst ein amerikanischer „Beobachter" teilnimmt? Mit welcher wichtigen Aufgabe gedenkt der Völkerbund sich zu befassen?

Eines muß bei der Betrachtung sofort festgestellt werden. Der „Völkerbund" ist in Wirklichkeit eine heilige Allianz der kapitalistischen Regierungen der ganzen Welt. Vorherrschend in ihm sind die imperialistischen Staaten des Westens, die Sieger im Weltkrieg, Frankreich und England, denen sich jetzt Amerika anzuschließen scheint. Hinter den Regierungen dieser Länder stehen die großen Industrie- und Bankkönige, die deren eigentliche Auftraggeber sind und für die der Völkerbund nur eine fortgeschrittenere Form für die Ausübung ihres internationalen Diktates bedeutet.

Von diesem „Völkerbund" haben die arbeitenden Massen Deutschlands nichts anderes zu erwarten, als neuen Druck, neue Provokationen, neue Knebelung!

Ueber die Arbeiten der diesmaligen Völkerbundsversammlung unterrichtet folgende Meldung:

Genf, 2. September. **Die Völkerbundsversammlung hielt** Dienstag vormittag eine Vollsitzung unter Vorsitz des Bundesrats Motta ab. Der Vorsitzende verkündete die Wahl des Präsidenten der sechs am Montag eingesetzten Kommissionen, der juristischen Kommission, der Kommission für technische Organisation, der Abrüstungskommission, der Budget- und Finanzkommission, der Kommission für soziale und allgemeine Fragen und schließlich der Kommission für politische Fragen. Motta teilte mit, daß die Sitzung am Donnerstag oder Freitag der Erörterung der Sicherungsfragen und der Rüstungsbeschränkungen gewidmet würde.

In der Hauptsache sind es die Fragen der militärischen Kontrollkommission in Deutschland, das deutsch-französische Sicherungsproblem und die Rüstungsbeschränkungen, mit denen sich der Völkerbund also befassen wird. Allerlei schöne Phrasen sind über diese Dinge gewechselt worden, Worte, die natürlich keine reale Bedeutung haben, sondern nur gebraucht werden, um die wahren Ziele zu verbergen. Betrachten wir kurz die Bedeutung der obigen Hauptprobleme.

Die deutsche Militärkontrolle, die durch den Ruhrkrieg unterbrochen wurde, soll erneut aufgenommen werden. Die Herrschaft der Reparationskommissare, die in diesen Tagen ihre Arbeit in Berlin aufnehmen, soll ergänzt werden durch ein System einer bis ins einzelnste gehenden Kontrolle der deutschen Militär-, Polizei- und Industrieverhältnisse. Ueber die Durchführung dieser Kontrolle meldet das „Echo de Paris", ein großes kapitalistisches Blatt:

„Die militärischen Sachverständigen der französischen Delegation haben einen Plan vorbereitet, wonach die Ueberwachung der deutschen Abrüstung, wenn sie wirksam sein soll, unvorhergesehen ausgeübt werden muß."

Diese Militärkontrolle wird also den Schlußstrich unter die Aufgabe der nationalen Selbstbestimmung Deutschlands, das übrigens in Genf nicht vertreten ist, setzen. Ausländische Offiziere werden ein Schnüffelsystem durchführen, deren Ergebnis jederzeit die Handhabe zu neuen Repressalien gegen Deutschland sein wird. Es ist selbstverständlich, daß die revolutionäre deutsche Arbeiterschaft diese Arbeit der Ententegenerale entschieden ablehnt und bekämpft. Die Entwaffnung der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Konterrevolution brauchen wir nicht den Militaristen Englands und Frankreichs zu überlassen. Das wird die ureigenste geschichtliche Aufgabe des deutschen Proletariats selber sein.

Die Kapitalsstaaten des Westens haben ein besonderes Interesse an der Entwaffnung Deutschlands. Der Moloch eines neuen imperialistischen Völkermordes lauert hinter ihren schönen Phrasen. Für dieses neue Weltgemetzel kann Deutschland das Aufmarschgebiet und deutsche Proletarier das wehrlose Kanonenfutter werden. Keinen anderen Sinn hat die scharfe Ueberwachung der deutschen Entwaffnung, die Deutschland, den Schuldnerstaat der Kapitalisten der ganzen Welt, wehrlos dem Zugriff jedes imperialistischen Räubers aussetzt. Mag über Deutschland herfallen wer will, wenn er nur die Zinsen für die Anleihe der amerikanischen Bankiers nicht gefährdet!

Auf der Tagesordnung der Völkerbundkonferenz steht auch der proteste Punkt „Rüstungsbeschränkungen". Und zur Behandlung dieses Punktes sind die Vertreter der bis an die Zähne bewaffneten imperialistischen Staaten erschienen! Der Bombenwerfer Macdonald, die kriegführenden Spanier, Frankreich und Belgien, die bereits jetzt betonen, daß eine Abrüstung für sie infolge der deutschen Gefahr nicht in Frage komme. Die Behandlung dieser Frage ist also nur ein Scheinmanöver, ein Propagandamittel, mit dem der Imperialismus seine „Friedfertigkeit" offenlich kundtun will. **Genau wie vor dem August 1914!** Damals wie heute lautes Friedensgeschrei der fieberhaft rüstenden kapitalistischen Regierungen. Damals wie heute wachsende imperialistische Konflikte, hinter denen neue Kriegskatastrophen, ein neues Heer voll Blut, Grauen und Unterjochung lauert. Keinen anderen Sinn hat auch das Gezchrei über den „Sicherungspakt".

Deshalb ist es sehr notwendig, daß die Arbeiter der ganzen Welt aufmerksam nach Genf schauen. Aber sie dürfen sich nicht von dem Phrasennebel, der dort den Konferenzräumen entsteigt, täuschen lassen. Dort treffen sich nicht die Völker zur friedlichen Verständigung, sondern dort treffen sich die kapitalistischen Räuber, die imperialistischen Hyänen, die großen Leichenfledderer. Dort setzen sie den Schlußstrich unter das grauenvolle Joch, das sie auf den Nacken der deutschen Massen legen wollen. Dort reden sie von „Abrüstung", nur zu dem Zweck, die Massen der ganzen Welt zu täuschen, die nicht sehen wollen, welcher Zukunft sie der blutige Imperialismus entgegenführt.

Rußland nicht in Genf vertreten!

In einem Leitartikel über die Völkerbundstagung stellt das kapitalistische Sensationsorgan, das Berliner „8-Uhr-Abendblatt", befriedigt fest:

„Und so werden also diese Sowjet-Russen nicht in Genf erscheinen. Und es ist vielleicht besser so. Denn anderenfalls könnte es leicht passieren, daß dieses brüchige Gebäude der Völker infolge der Explosionswirkung irgendeiner „Moskauer Bombe" unversehens in die Luft fliegen würde. Die Welt aber braucht Frieden, sie braucht keinen neuen „internationalen" Skandal."

Rußland hatte bekanntlich, als Macdonald ihm nahelegte, an der Völkerbundstagung teilzunehmen, **die Teilnahme an allen, auch den geheimen Sitzungen und völlig freie Diskussion** gefordert. Das konnten die imperialistischen Schieber, die in Genf hinter den Kulissen ihre verbrecherische Arbeit fortsetzen wollen, natürlich nicht zulassen! Die Enthüllungen der russischen Vertreter hätten dann wirklich wie eine Bombe unter den Massen der Welt wirken können.

Ein neuer „Befriedungs"-Plan

(Eig. Drahtm.) **Genf**, 2. September.

Die Schweizer Zeitungen und die Pariser Presse besprechen eingehend den Entwurf des amerikanischen Beobachters auf der Genfer Konferenz General Bliß. Dieser Entwurf sieht die Schaffung von entmilitarisierten und neutralen Zonen vor zwischen Staaten, die sich feindselig gegenüberstehen. Die Amerikaner glauben, dadurch kriegerische Konflikte vermeiden zu können. Die französische Presse wendet sich gegen diesen Vorschlag, weil sie befürchtet, daß Elsaß-Lothringen und das Rhein-Ruhrgebiet als erstes für die Neutralisierung in Frage kommen.

Der Diktator Deutschlands an der Arbeit

Paris, 2. September.

Die Tätigkeit von Owen Young als Generalzahlungsagent hat von gestern an begonnen. Owen Young wird heute mit Mitgliedern der Reparationskommission eine Besprechung haben und heute abend nach Berlin abreisen. Auch der Kommissar für die verpfändeten Staatseinnahmen wird sich nach Berlin begeben.

Micumschacher beendet

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 3. September.

In den Verhandlungen der Sachverkommission mit der Micum kamen beide Parteien zur Uebereinstimmung. Die Bergbauindustriellen verpflichteten sich zur Leistung der **Reparationslieferungen an Kohle und Nebenprodukten.** Die Bezahlung der Preise soll in Verhandlungen der Reparationskommission mit der deutschen Regierung geregelt werden.

Das „Arbeiterblatt" in Chemnitz verboten

(Eig. Drahtm.) **Chemnitz**, 2. September.

In Chemnitz erschien eine republikanische Tageszeitung für Politik, Wirtschaft und Literatur, das „Arbeiterblatt". Weil diese zufällig im Verlag des „Kämpfer" gedruckt wurde, hat der sozialdemokratische sächsische Innenminister das „Arbeiterblatt" als angebliches Ersatzblatt des „Kämpfer" verboten.

*

Die Entwicklung der sächsischen Sozialdemokratie geht immer weiter abwärts. Jetzt werden von ihren Ministern völlig unabhängige republikanische Zeitungen verboten.

Wachsende Wirtschaftskrise in England

London, 2. September.

Die Barrow-Stahlwerke haben infolge mangelnder Aufträge ihren Betrieb vollständig eingestellt.

London und die Wirtschaftslage

I.

Der Londoner Vertrag ist nicht ein zeitloses Produkt der „zur Einsicht gekommenen, friedliebenden" Kapitalisten, er hängt eng zusammen mit der augenblicklichen Weltwirtschaftslage, er ist ein Versuch, die herausziehende Weltwirtschaftskrise abzuschwächen. Dieser Versuch, diese friedlichen Vereinbarungen der internationalen Kapitalisten werden ebenso scheitern, wie die Kolonialverhandlunge im Jahre 1911/12, die Tagungen des Haager Schiedsgerichtshofes 1913/14 gescheitert sind. Zerreißt nicht das deutsche Proletariat schon früher den Londoner Vertragsfetzen, so werden ihn und mit ihm die anderen internationalen Vereinbarungen die internationalen Kapitalisten zerreißen, wenn sie im nächsten Krieg Auseinandersetzungen über die internationale Krise haben werden. Zum Verständnis des Londoner Paktes muß daher einiges gesagt werden über die Weltwirtschaftslage, insbesondere über die Wirtschaftslage Deutschlands, woraus dann Schlüsse erst auf die Auswirkungen gezogen werden sollen.

Die Weltwirtschaftslage hat sich im Juli weiter verschlechtert. Betrachten wir Amerika, das wichtigste Land der Weltwirtschaft, so zeigt sich durchgehend ein Rückgang der Produktion. Die **Rohseisenerzeugung** ist weiter zurückgegangen. Sie betrug im Juli 1,78 Millionen Tonnen, gegen 2,03 Millionen im Juni und 3,68 Millionen im Juli 1923, d. h. sie ist auf die Hälfte der Produktion des vorigen Jahres gesunken. Die Zahl der in Betrieb befindlichen Hochöfen ist infolgedessen gleichfalls zurückgegangen. Von insgesamt 417 vorhandenen Hochöfen sind nur 144 mit einer täglichen Produktionsfähigkeit von 55 350 Tonnen in Betrieb, gegen 161 am 1. Juli, mit einer Produktionsfähigkeit von 62 200 Tonnen und 298 im Jahre 1923 mit einer Produktionsfähigkeit von 114 200 Tonnen. Bereits im Juni betrügt die **Stahlproduktion** nur 47 Prozent der Produktionskapazität gegen 93 Prozent im März d. J. Bereits im Juni war die **Automobilproduktion** um 35 Prozent gegen März gesunken.

Der Auftragsbestand an **Lokomotiven** bei den hauptsächlichsten Lokomotivfabriken betrug Ende Juli 483 Lokomotiven gegen 531 Ende Juni und 1738 Ende Juli 1923. Die **Stahlproduktion** ist von 2,1 Millionen im Juni auf 1,89 Millionen im Juli zurückgegangen. Im Juli 1923 betrug sie 3,59 Millionen. Auch die **Konkurszahl** ist gestiegen, im Juli gerieten 1615 Firmen in Konkurs gegen 1607 im Juni und 1231 im Juli vergangenen Jahres.

Im Zusammenhang hiermit ist die **Arbeitslosigkeit** stark gestiegen. Nach einer Statistik des „National Industrial Conference Board" waren von 1000 Arbeitern, die im Juni 1920 beschäftigt waren, im Mai nunmehr 781 beschäftigt, die Zahl hat also für Juli weiter stark abgenommen. Nach der Statistik des Völkerbundes beträgt sie in Amerika etwa 7 Prozent, in Wirklichkeit dürfte die Arbeitslosigkeit bedeutend höher sein. Die Ausfuhr hat im Juli um weitere 10 Prozent abgenommen, sie betrug 278 Millionen Dollar gegen 307 Millionen im Juni. Im Zusammenhang mit der Krise, im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit macht sich bereits ein Druck auf die Löhne bemerkbar. In einer Reihe von Industrien sind die Löhne bereits von April zum Mai um 2,1 Prozent zurückgegangen, von 26,67 Dollar im Durchschnitt auf 26,10 Dollar. Der Rückgang in den Wochenlöhnen ist hauptsächlich auf die Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich eine Stunde zurückzuführen, und zwar von 47,6 auf 46,6 Stunden; diese Arbeitszeit ist die schlechteste Wochenarbeitszeit seit dem Jahre 1921. Die stärksten Verkürzungen der Arbeitszeit zeigen die Eisen- und Stahlindustrie, die Spinnereien und Trikotagenfabriken, Gerbereien, Kautschukwerke, Gießereien und Maschinenfabriken, d. h. alle bedeutenderen Industrien auf. In diesen Industrien wird zum großen Teil nur 43 Stunden in der Woche gearbeitet, vor allem in der Automobilindustrie, Textil-, Schuh- und Bekleidungsindustrie und Kautschukwerken (nach den Berichten des „National Industrial Conference Board" vom Juli 1924).

Zusammengefaßt: **eine weitere Verschärfung der amerikanischen Krise.**

England: Auch hier der Beginn einer Krise. Zwar ist im Juli die **Eisen- und Stahlproduktion** gegenüber Juni, wenn auch gering, gestiegen. 612 000 Tonnen Eisen gegen 608 000 im Juni, 683 000 gegen 651 000 Tonnen Stahl. Der „Economist" vom 23. August führt jedoch an, daß diese Ziffern täuschen, da die Tagesproduktion im Juli eine Senkung gegen Juni aufweist. Im August hat sich die Lage zugespitzt. Nach Berichten des Hamburger Wirtschaftsdienstes ist „das Roheisengeschäft nach wie vor still und unbefriedigend, insbesondere der Export hat völlig aufgehört." (22. August 1924.) Im Zusammenhang damit ist die **Arbeitslosigkeit** in England wieder gestiegen, die Zahl der arbeitslosen Gewerkschafter betrug im Juli 9,9 Prozent gegen 9,4 Prozent im Juni. Nach den letzten Meldungen ist die Zahl der Arbeitslosen in England weiter gestiegen. So allein in der zweiten Augustwoche um über 50 000 gegen die erste Augustwoche. Sie beträgt ungefähr 1 130 000 Arbeitslose. Die Lebenshaltungskosten sind in England ebenfalls gestiegen. Der Index des „Economist" von 158,3 Prozent auf 173,3 Prozent im Juli (1913 = 100) für Großhandel von 177 im Juni auf 182 im Juli für Lebenshaltungskosten. Infolgedessen hat die **Streikbewegung** stark zugenommen, von 356 000 Streiktagen im Juni ist die Zahl der durch Streik ausgefallenen Arbeitstage auf 2 Millionen im Juli gestiegen.

Für Frankreich sind die Produktionszahlen noch nicht veröffentlicht. Der „Economist" gibt an, daß die Juli-Produktion unter die Juniproduktion weiter gesunken sei, die bekanntlich überall ein starkes Sinken aufzeigte. Man kann außerdem gewisse Schlüsse aus der französischen **Außenhandelsstatistik** ziehen. Beim Vergleich der Mengenausfuhrstatistik zeigt die Ausfuhr eine Senkung von rund 10 Prozent, 2,17 Millionen Tonnen im Juli gegen 2,33 Millionen Tonnen im Juni.

In übrigen Ländern zeigen sich ganz ähnliche Erscheinungen. Deutlich zeigt sich das Herannahen der Weltwirtschaftskrise, die ihren Ausgang von dem wichtigsten Land Amerika nimmt. Hier

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240903-15/fragment/page=0001

ist sie bereits stark ausgeprägt. Welche Ursachen hat diese neue Weltwirtschaftskrise?

II

Krisen sind eine Ausdrucksform, in der das Widerspruchssystem des Kapitalismus sich äußerst. Ihre Ursache ist das kapitalistische System. Die anarchische Produktionsweise, die kapitalistische Produktionsweise sind Ausdrucksformen dieses Widerspruchssystems. Es ist hier nicht der Ort, eine nähere Untersuchung über die allgemeine Krise anzustellen. Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen erscheint hier in äußerst scharfer Form. Im allgemeinen sind die Krisen eine Art von Regulativ, ein Ausgangspunkt, eine neue Phase der kapitalistischen Entwicklung, der Entwicklung damit auch der Produktivkräfte, die ihren Ursprung häufig nimmt in der Aenderung der Produktionsverhältnisse, sei es durch gewaltsame oder andere Mittel.

Die Periode des Kapitalismus, in der wir uns jetzt befinden, seine letzte Periode, zeigt gänzlich abweichende Erscheinungen. Hier ist die Krise nicht mehr gleichzeitig der Ausgangspunkt einer neuen kapitalistischen Entwicklung, hier zeigt sich vielmehr die Nähe des Endes des kapitalistischen Systems überhaupt. Was waren die Ursachen der Krise? Sie zeigten sich äußerlich in einer durch die ganze kapitalistische Produktionsweise bedingten großen Ueberproduktion. Ist die kapitalistische Produktionsweise subjektiv auch nur Produktionsweise zur Erzeugung (und Realisierung) von Profit, so hat sie objektiv ebenso zur Realisierung die Funktion der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Diese Funktion ist zugleich die Schranke. Dabei handelt es sich in der kapitalistischen Produktion vor allem um die Realisierung des zu akkumulierenden Teiles des Mehrwertes, an deren Unmöglichkeit die Krisen ausbrechen. Diese Realisierung geschieht, wie Rosa Luxemburg ausführlich in ihrer Akkumulationstheorie klargelegt hat, auf nichtkapitalistischen Absatzmärkten, die gleichzeitig Anlagesphären (und Rohstoffquellen) für das Kapital bedeuten.

War in den früheren Krisenzeiten die Verengung dieser Absatzmärkte nur tendenziell, überwog dabei die Gegentendenz der Erschließung weiterer, nichtkapitalistischer Absatzmärkte, so zeigt sich heute, und das macht den Unterschied, zwischen der jetzigen Krisenperiode und früheren Krisen, auch eine absolute Verengung dieser Absatzmärkte, ohne die Möglichkeit, große neue nichtkapitalistische Absatzmärkte zu erschließen. Einige Beispiele seien dafür gegeben. Der frühere Reichsminister v Raumer, der Vertrauensmann der AEG.-Gruppe, führte auf einer Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie am 20. Juni 1924 aus:

„So haben sich in **englischen Dominions und Kolonien**, ferner aber auch in **China, Japan, Brasilien** starke Industrien entwickelt. In der Textil- und Schuhwarenindustrie haben sich die Verhältnisse völlig, zum Teil bis zur gänzlichen Ausschaltung der europäischen Einfuhr gewandelt. Eisen- und Stahlerzeugung und Maschinenbau sind entwickelt worden. Dazu einige Ziffern: Die Zahl der Spindeln blieb seit 1913 in Europa unverändert. In Asien stieg sie um 65 Prozent. Indien führte im Jahre 1913 für 5,2 Millionen Dollar Baumwollmaschinen ein, im Jahre 1922 für 25,5 Millionen Dollar. England verarbeitete im Jahre 1913 3,8 Millionen Ballen Baumwolle, im Jahre 1922 2,5 Millionen, Brasilien im Jahre 1913 183 000 Ballen, 1922 500 000. Der große Schuhwarenexport Englands nach Australien ist verschwunden. An Stahlwaren führte England 1914 nach Australien 600 000 Tonnen aus, heute 200 000.

Man kann die Entwicklung dahin zusammenfassen, daß fast sämtliche überseeischen Länder in rapider Entwicklung dazu übergehen, eigene Industrien auszubauen und sich selbst zu versorgen; daß sie weiter dazu übergehen, ihre Rohstoffe selbst zu verfeinern, als zum Beispiel nicht mehr Erze, sondern Metalle, nicht mehr Holz, sondern Zellstoff ausführen. In der Ausfuhr Kanadas z. B. hat sich der Anteil der Fertigfabrikate an der Ausfuhr in den letzten 25 Jahren von 5 Prozent auf über 40 Prozent erhöht."

Damit zeigt Raumer ungefähr richtig die Entwicklung und zeigt, wie frühere nichtkapitalistische Absatzländer selbst zu kapitalistischen Ländern werden, die mit den anderen in Konkurrenzkampf treten. Einige weitere Beispiele seien für China und Indien gegeben, die aus dem Jahrbuch für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung 1923/24, das freilich nur wenige Daten über diese Industrialisierung von nichtkapitalistischen Ländern bringt, entnommen sind.

China. Die Maschineneinfuhr nach China über Shanghai stieg von 1912 bis 1921 von 5 Millionen Taels auf 78,5, also um das 15,7fache. An Baumwollgarn wurden erzeugt 1913 400 000 Ballen, 1921 1,5 Millionen. Die Einfuhr ging infolgedessen zurück von 900 000 Ballen 1913 auf 400 000 Ballen 1921. Die Anzahl der Spindeln in der Textilindustrie hat sich von 1,4 Millionen 1920 auf 4,3 Millionen 1924 gesteigert. Also in drei Jahren eine ungeheuere weitere Entwicklung.

Indien. Setzt man die Produktion des Jahres 1914 mit 100 an, so hat sich die Industrie 1920 auf folgenden Stand entwickelt:

Jute	593
Baumwolle	380
Schafwolle	187
Kohlenbergbau	149
Eisen und Stahl	207

In den folgenden Jahren ist eine weitere starke Entwicklung in Indien eingetreten. So hat sich z. B. die Anzahl der Spindeln von 6 Millionen 1913 auf 7,9 Millionen Anfang 1924 gesteigert.

Für die anderen nichtkapitalistischen Absatzgebiete ließen sich ähnliche Zahlen nennen; es sei aus Raummangel hier davon abgesehen. Nur darauf sei verwiesen, daß auch der äußere Markt im Inland, die nichtkapitalistischen Absatzgebiete im Inland mehr und mehr zusammenkommen. Das hat seine Ursache in der sich aus der ökonomischen Situation ergebenden Zuspitzung der Klassengegensätze, der Expropriation der Kleinbürger, das Aufsaugen der Bauern (Farmer in Amerika, Bankrottbewegungen usw.) Das „Journaile Industrielle" hat im vorigen Monat eine sehr interessante Uebersicht über die Industrialisierung Südfrankreichs gegeben, eine Zusammenstellung, die der Theorie der „Hautarkten-Wirtschaft Frankreichs", der Theorie, daß der französische Markt dem französischen Kapital genüge, einen Stoß ins Herz versetzt.

Karl Marx hat bereits im 2. Band des „Kapital" auf diese Entwicklung hingewiesen:

„Dieselben Umstände, welche die Grundbedingung der kapitalistischen Produktion produzieren — das Dasein einer Lohnarbeiterklasse —, solizitieren (reizen an) den Uebergang aller Warenproduktion in kapitalistische Warenproduktion. Im Umfange, wie diese sich entwickelt, wirkt sie zersetzend und auflösend auf jede ältere Form der Produktion, die, vorzugsweise auf unmittelbaren Selbstbedarf gerichtet, nur den Ueberschuß des Produkts in Waren verwandelt. Sie macht den Verkauf des Produktes zum Hauptinteresse, zunächst ohne scheinbar die Produktionsweise selbst anzugreifen, wie dies z. B. die erste Wirkung des kapitalistischen Welthandels auf solche Völker war, wie Chinesen, Indier, Araber usw.

Zweitens aber, wo sie Wurzeln gegriffen, zerstört sie alle Formen der Warenproduktion, die entweder auf Selbstarbeit der Produzenten gegründet oder bloß auf den Verkauf des überschüssigen Produkts als Ware. Sie verallgemeinert zuerst die Warenproduktion, verwandelt dann stufenweise alle Warenproduktion in kapitalistische. (S. 12.)

III

Diese Verengerung des Absatzmarktes wird reproduziert in einer Verschärfung der imperialistischen Konflikte zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten. einer Verschärfung der Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalisten, vor allem aber in einer riesigen Verschärfung der Klassengegensätze. Ueber die imperialistischen Konflikte und ihre Lösung wird später noch zu reden sein. Die Verschärfung der kapitalistischen Konkurrenz ist offensichtlich! Sie zeigt sich in der scharfen Herausbildung von großen Kapitalistengruppen und großen Konzerngruppen, die sich immer heftiger befehden, sie zeigt sich in der Auflösung der Kartelle. Hatten doch nach Engels in einer Fußnote vom 3. Band des „Kapital" die Kartelle überhaupt „nur den Zweck, dafür zu sorgen, daß die Kleinen noch rascher von den Großen verspeist werden als bisher". Die Auflösung der Kartelle ist nicht etwa auf Deutschland begrenzt. Man versucht, die offensichtliche Erscheinung für Deutschland damit zu erklären, daß sie in Deutschland infolge der besonderen Verhältnisse, durch die Geldentwertung usw., eingetreten seien. Diese Erklärung ist nicht richtig; neben der Auflösung der Kartelle in Deutschland, wie des Kohlensyndikats als typisches Beispiel der bevorstehenden Auflösung des Kalisyndikats, zeigen sich überall die gleichen Erscheinungen. In Frankreich Auflösung des Roheisen-Syndikats im Jahre 1922, der Austritt der Schneider-Gruppe aus dem Hüttenkomitee 1923, in England der Kampf zweier Baumwollverbände, die Auflösung der Erdölpreiskonvention mit Amerika, in Amerika und England das Anwachsen großer Konzerne, wie des Bethlehem-Stahltrustes, der 25 bis 30 Prozent der amerikanischen Produktion beherrscht gegen den Stahltrust (United-Staates Steel Corporation) usw. usw. Bereits 1918 hat Rosa Luxemburg in ihrem Kampf gegen Bernstein diese Entwicklung vorausgesehen. Sie schreibt: „Beginnt der Absatzmarkt sich zu verringern, indem der Weltmarkt bis aufs äußerste ausgebildet und durch die konkurrierenden kapitalistischen Länder erschöpft wird — und der frühere oder spätere Eintritt eines solchen Moments kann offenbar nicht geleugnet werden —, dann nimmt auch die erzwungene teilweise Brachlegung des Kapitals (die Methode der Kartelle, den Fall der Profitrate in den einzelnen Produktionszweigen anzuhalten) einen solchen Umfang an, daß die Arznei selbst in Krankheit umschlägt und das bereits durch die Organisation stark vergesellschaftete Kapital sich in Privat rückverwandelt. Bei den verringerten Vermögen auf dem Absatzmarkt ein Plätzchen für sich zu finden, zieht jede private Kapitalportion vor, auf eigene Faust das Glück zu probieren. Die Organisationen müssen dann wie Seifenblasen platzen und wieder einer freien Konkurrenz, in prozentierter Form, Platz machen." (Sozialreform oder Revolution?)

Ein weiteres Zeichen ist die Verschärfung der Klassengegensätze. Hierüber in der Fortsetzung.

Industriekönige drohen mit völliger Betriebsstillegung

Sie fordern Herabsetzung ihrer „unerträglichen Steuerlasten" — Im August bereits 800 000 Feierschichten

(Eig. Drahtm.) Essen, 3. September.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" in Essen bringt an der Spitze ihres heutigen Leitartikels folgende Mitteilung: Wie wir erfahren, beabsichtigen eine Anzahl bedeutender Industrieller, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und bekanntzugeben, daß ihre Betriebe im September geschlossen werden müssen, wenn nicht wesentliche Steuererleichterungen eintreten. Der mit „Substanz-Konfiskation" betitelte Leitartikel versucht, der ungeheuerlichen Lüge von der Verarmung der Schwerindustriellen Wahrheit zu verschaffen und den oben gekennzeichneten Schritt zu rechtfertigen.

*

Eine neue Offensive der Industriellen beginnt. Sie wollen Steuererleichterung haben, die armen Kapitalisten. Dabei haben sie bisher fast überhaupt nichts gezahlt. Dabei sind weit über 90 Prozent aller Steuereingänge des Reiches von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht worden; dabei haben gerade die Ruhrindustriellen vor, während und nach dem Ruhrkriege Steuerhinterziehungen in ungeheuerlichem Ausmaße begangen.

Der sozialdemokratische ehemalige Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt tat ein übriges, indem er ihnen die Kohlensteuer schenkte. Die angebliche „Verarmung" wird recht drastisch durch die großen Auslandskäufe gerade der Rhein-Ruhr-Kapitalisten beleuchtet.

Der Kölner Otto Wolff hat in Holland eine ganze Reihe Aktien-Gesellschaften gegründet; Krupp nimmt neuerdings große Erwerbungen von spanischen Werken und Grund und Boden vor. Die übrigen haben ihre Millionen Goldmark in ausländischen Banken investiert und prassen davon jetzt in der Schweiz, in Italien und in den Badekurorten der ganzen Welt.

Diese neue Intervention der Industriellen leitet einen Angriff ein, den die Reichsregierung nur zu gern und schnell nachgeben wird. Da heißt es für die proletarischen Schichten aller Arbeitskategorien, doppelt wachsam und auf dem Posten zu sein. Die bisherigen Erfahrungen sind für alle Werktätigen eine bittere Lehre gewesen. **Immer, wenn die Kapitalisten über „angegriffene Substanz" und „schweren Steuerdruck" schrien, war das für ihre jungen Männer in der Regierung der Anlaß zu neuer Steuerbelastung der arbeitenden Massen.**

Die Herren drohen mit Betriebsstillegungen im September, wenn sie nicht „wesentliche Steuererleichterungen" bekommen, und schon haben sie mit der Produktionssabotage in unerhörtem Ausmaß begonnen. Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet:

Essen, 2. September.

In der letzten Augustwoche (vom 24. bis 30. August) mußten im Ruhrbergbau wegen Absatzmangels in 106 Fällen 138 107 Feierschichten eingelegt werden. Damit stellte sich die Zahl der Schichten, welche die Ruhrbergleute im abgelaufenen Monat aus dem genannten Grunde feiern mußten, auf 830 000.

Die vorstehende Meldung charakterisiert am besten, wieweit der kapitalistische Wahnsinn gediehen ist. Es ist Ueberfluß an Kohle vorhanden, obwohl die proletarischen Familien keine Kohle im Hause haben, ebenso wie Ueberfluß an allen Waren da ist, obwohl die Massen hungern und nichts anzuziehen haben.

Von Tag zu Tag erhöht sich die Arbeitslosigkeit.

Schon liegen eineinviertel Millionen deutscher Proleten wieder auf der Straße.

Die Drohung der Industriellen, ihre Betriebe im September stillzulegen, bedeutet die Brotlosmachung neuer Millionen, nur damit die Schwerkapitalisten vom Reiche noch mehr Gelder erpressen können. Gegen diese Produktionssabotage der Unternehmer muß der Kampf durch Organisierung von Erwerbslosenräten in allen Orten geführt werden.

Gegen die Kontrolle der Ententekommissare, die im Interesse ihrer kapitalistischen Auftraggeber die deutsche Produktion stillegen, ist der Kampf für die Uebernahme der Produktion durch die revolutionäre Arbeiterschaft zu führen.

Der Kampf gegen die Pflichtarbeit — diese Schinder-, Sklaven- und Streikbrecherarbeit — muß an allen Orten mit verstärkter Kraft, unter der Führung der Erwerbslosenräte, aufgenommen werden.

Die Proleten jedoch, die heute noch im Betriebe tätig sind, müssen sofort in Solidaritätsaktionen mit den Arbeitslosen treten. **In engster Gemeinschaft müssen Betriebs- und Erwerbslosenräte den Kampf gegen den gemeinsamen Feind aufnehmen, zur Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftszerstörer und zur Uebernahme der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse.**

Die Schokoladen-Spitzel

Der bekannte Wind weht uns ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie auf den Tisch. Aus diesem Berichte wird ersichtlich, daß die Schokoladenfabrikanten sehr eingehend die kommunistische Organisation bespitzeln lassen. Dieses Rundschreiben ist aus Material zusammengestellt, das dem Deutschen Arbeitgeberverband „von besonders sachverständiger Seite auf Grund eingehendster Studierung und Kenntnisse zugestellt wurde. Die Mitglieder des Verbandes werden aufgefordert, die kommunistischen Organisationen selbst zu bespitzeln.

Aus dem Rundschreiben geht hervor, daß diesen Spitzeln eine Reihe von Rundschreiben der Partei über Organisation und Aufbau der Partei in die Hände gefallen sind. Die Spitzel müssen außerdem — das geht deutlich aus dem Material hervor — in der Partei an mehreren Stellen aktiv mitarbeiten. **Unsere Genossen müssen um so schärfere Kontrolle ausüben auf diejenigen Elemente, die sich mit aller Gewalt zu den internsten Parteiarbeiten drängen.** In einem weiteren Rundschreiben werden die Richtungen in der Partei vor dem Frankfurter Parteitag verhältnismäßig richtig charakterisiert!

Eine Bestätigung für die Richtigkeit der Politik und Arbeit unserer Partei liefern uns die Teile des Rundschreibens, die von dem Sachverständigengutachten und den Betriebszellen handeln. **Die Unternehmer geben zu, daß der Kampf gegen den Dawes-Plan, der von der Kommunistischen Partei geführt wird, langsam in den Massen Wurzel faßt. Der Arbeitgeberverband weist darauf hin, daß die Verwurzelung der KPD. in den Massen nur der Betriebszellenarbeit zu verdanken ist.**

*

Die bürgerliche Presse wütet gegen die Kommunistische Partei und wirft ihr Tschekaarbeit vor. Aus diesem Rundschreiben der Schokoladenindustriellen geht aber hervor, daß im Gegenteil die Bourgeoisie die Arbeiterorganisationen bis in alle Einzelheiten bespitzelt.

Landfriedensbruchsprozeß gegen 17 Arbeiter

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 2. September.

Vor der Strafabteilung 2 des Amtsgerichts Hamburg wurde am 29. und 30. August gegen 17 Arbeiter aus Ahrensburg, die des Landfriedensbruchs angeklagt waren, verhandelt. Es wird ihnen zur Last gelegt, mit einer größeren Menschenmenge eine Pfadpfinderübung unmöglich gemacht zu haben und einige Mitglieder der Bismarck-Jugend verprügelt zu haben.

Der Prozeß enthüllte aufs neue die Tatsache, daß die Bismarck-Jugend militärische Uebungen abhalte, Handgranaten werfe und Schützengräben aushebe. Die als Zeugen vornommenen Führer der Bismarck-Jugend verweigerten auf die entsprechenden Fragen die Auskunft. Natürlich findet sich kein Staatsanwalt, der gegen die Faszisten etwas unternehmen wird.

Es wurden 13 Angeklagte zu insgesamt 49 Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil reiht sich würdig an die endlose Kette der Schandurteile der Weißen Justiz gegen die Arbeiterschaft.

Klassenjustiz in Suhl

In Suhl stand Genossin Reinhardt und die Arbeiter Weiß, Kolbe und Reutter vor Gericht wegen „verbotenen Waffenbesitzes". Wegen „Gefährdung der Staatssicherheit" wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Nach längerer Beratung wird gegen die Genossin Reinhardt eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten und gegen Reutter und Kolbe je drei Monate Gefängnis verhängt. Weiß wird zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Genosse Hoffmann aus Zella-Mehlis wurde beschuldigt, einen Beamten der Landespolizei verprügelt zu haben. Der Staatsanwalt nennt den Genossen Hoffmann den „Roten General". Das Gericht verurteilte ihn wegen Landfriedensbruchs zu sieben Monaten Gefängnis.

Kriegsopfer für „Rote Hilfe!"

(Eig. Drahtm.) Essen, 3. September.

Auf der letzten **Gauvorstandssitzung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit** ist der Beschluß gefaßt, daß alle Ortsgruppen des Gaues Rheinland-Westfalen kooperativ ihren **Uebertritt zur Roten Hilfe** und der Internationalen Arbeiter-Hilfe vorzunehmen haben. Den Mitgliedern wurde außerdem empfohlen, die Einzelmitgliedschaft in den beiden Organisationen zu erwerben.

Sawinkow in Freiheit?

Warschau, 2. September.

Nach einer Meldung aus Moskau hat das Zentralexekutivkomitee die vollständige Begnadigung Sawinkows, d. h. auch die Aufhebung der über ihn verhängten zehnjährigen Kerkerstrafe beschlossen.

*

Vorstehende Meldung entnehmen wir unserem tschechischen Bruderorgan „Vorwärts". Sie zeigt, was es mit der von den Sozialdemokraten. und gestern in Halle noch von dem Crispien so gemein verleumdeten russischen „Blutjustiz" auf sich hat. Dabei war Sawinkow, wie unsere Sonnabend-Meldung zeigte, der bedeutendste Führer der russischen Konterrevolution. Seine Verbindungen mit den bürgerlichen Mächten des Auslandes sowie mit Parteien der Zweiten Internationale hat er selbst offen zugegeben.

Sein von uns teilweise veröffentlichtes Geständnis ist eine wertvolle Bestätigung der bisherigen Behauptungen der Sowjetregierung über die **aktive konterrevolutionäre Rolle der „Sozialrevolutionäre", die enge Beziehungen zur Zweiten Internationale** und den verschiedenen europäischen Kapitalistenregierungen haben. Der Umstand, daß Sawinkow einer der geistigen Führer der Konterrevolution die Unerschütterlichkeit der Sowjetmacht anerkennt, und erkennen mußte, daß die russischen Arbeiter und Bauernmassen rückhaltlos trotz aller Schwierigkeiten hinter der Sowjetregierung stehen, ist ein Schlag gegen die konterrevolutionären Hoffnungen des internationalen Menschewismus, der an Bedeutung der Macdonaldschen Anerkennung der Sowjetmacht gleichkommt.

Heute, wo die deutsche Sozialdemokratie der Kolonisierung Deutschlands, der Aufhebung der deutschen Unabhängigkeit begeisternd zustimmt, ist es für die deutsche Arbeiterschaft äußerst lehrreich, aus dem Munde eines Sawinkow, eines der geistigen Führer der Konterrevolution zu hören, daß die Räteregierung, die die Macht war und ist, die Rußland, das russische werktätige Volk, vor ähnlichen Zugriffen der ausländischen Imperialisten geschützt hat und schützen wird.

Ernst Toller fährt nach Moskau

Der russische Kultusminister Lunatscharski hat von Ernst Toller die Nachricht erhalten, daß er demnächst nach Moskau zu reisen gedenkt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240903-15/fragment/page=0002

Zur Annahme des Kolonisierungspaktes

Man muß die Frage richtig stellen

II.

„Nun, die Ruhr wird nicht geräumt. Auch die sogenannten Ehrenpunkte sind nicht berührt worden. Aber Stresemann hatte den Pakt unterzeichnet. Was nun?

Die Deutschnationalen taten so, als ob sie bei ihren Märchen blieben. Die Volkspartei aber war für Annahme — wir wissen schon weshalb — und „begründete" das so: durch die Annahme werden 900 000 Deutsche sofort befreit. Wohingegen bei Ablehnung, Du lieber Augustin, alles, alles dahin sein wird. Ach ja.

Lassen wir jetzt alle Spiegelfechterei und alle Faxen beiseite. Die Frage muß klassenmäßig behandelt und beantwortet werden.

Welche Vorteile hatte die Arbeiterklasse bei Annahme? Keinen einzigen. Keinen einzigen: denn nicht einmal die Ruhr, dieses große proletarische Reservoir, wird mit den übrigen deutschen Gebieten vereinigt. Keinen einzigen. Alles, was die Bourgeoisie für die Annahme vorbrachte, waren vom Proletariat aus gesehen, Gründe gegen die Annahme, für die Ablehnung.

„Aber dann war die Gegenseite an nichts gebunden." — Und an was ist sie jetzt gebunden? Lediglich daran, die deutsche Bourgeoisie als Klasse zu stützen und das deutsche Proletariat mit ihr im Bunde erbarmungslos auszubeuten und niederzuhalten.

„Aber dann kam in Deutschland neue Inflation." — Und welche Vorteile hat das Proletariat von der Markstabilisierung gehabt? Welche Vorteile der Kleinbauer, der Beamte? Welche der Angestellte? Keine! Nur Nachteile, nur Lohn- und Gehaltsherabsetzung; nur Kreditnöte; nur verstärkten Steuerdruck.

„Aber was sollte dann werden? Wird nicht Poincaré wiederkommen?" — Die Antwort kann nur klassenmäßig gegeben werden. Nationalistisch ablehnen, das heißt die eigene Reaktion und die fremde stärken.

Annehmen, das heißt auch nur die eigene Reaktion stärken, den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen die Unterdrückung schwächen, erschweren und Morgans Herrschaft etablieren, aber

ablehnen aus Klassengründen unter Anrufung der Klassensolidarität in der ganzen Welt mit dem Willen, das Geschick in die eigene Hand zu nehmen, das war die einzig mögliche Antwort des klassenbewußten Proletariats.

O, welche Utopien, welcher Putschismus, welches Rezept von Moskau!" so rufen die Helden der zweiten Internationale und die Bourgeoisie fällt erfreut in ihren Chor ein.

Utopien? Wer ist bisher besser gefahren, die „Realpolitiker", die 1918 auf Wilson spekulierten, 1919 die Macht freiwillig mit Handfuß der Bourgeoisie übergaben, die in Oesterreich den Sozialismus und die ungarische Räterepublik als „Realpolitiker" verrieten und trotz ihrer absoluten auch militärischen Macht die Bourgeoisie regieren lassen, die „Realpolitiker", die wieder einmal auf den Onkel aus Amerika spekulieren und als überflüssige Lakaien von der deutschen Bourgeoisie mit Fußtritten bedacht werden? Haben sie rechtbehalten, die Helden, die Deutschland en gros und en detail verschachern?

Oder haben die „Utopisten" rechtbehalten, denen kein Mensch gewagt hat, Vorschläge zum Aufgeben der Souveränität zu machen, die mit dem größten imperialistischen Staat eben erst Verträge abgeschlossen haben, wobei ihre Prinzipien, die sich mit den kapitalistischen durchaus nicht vertragen, anerkannt wurden?

Und mit wem sympathisiert das internationale Proletariat, insbesondere das englische, mit den „Realpolitikern", die alles, was sie hatten, verspielt haben, oder mit den „Utopisten", die ein Sechstel der Erdoberfläche in eine Republik der Arbeiter und Bauern verwandelt haben?

Putschismus? Welcher vollendete Unsinn! Wir Kommunisten werden den deutschen Arbeitern, den deutschen Angestellten, den Kleinbauern, den Beamten, allen Ausgebeuteten in Deutschland zähe, geduldig, sehr geduldig auseinandersetzen, worum es sich handelt. Zähe, geduldig, sehr geduldig ihnen zeigen, wie sie benebelt, gefesselt und verkauft werden von der Bourgeoisie und ihren Lakaien. Zähe, geduldig, sehr geduldig ihnen sagen und immer wieder sagen, daß sie nun und nimmer an Besserung ihrer Lage denken können, als bis sie, die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, diese ihre Macht ausnutzen. Wir werden das sagen und sagen, zähe und geduldig, und wir werden die große Mehrheit des Volkes, aller Ausgebeuteten, auf unserer Seite haben und wahrscheinlich in nicht einmal langer Zeit, denn nicht nur unsere Münder sprechen für uns, die Geschichte spricht für uns. Die lehrt Realpolitik. An Putsche denkt kein vernünftiger Mensch und selbst die unvernünftigen, die Hitler und Ludendorff, haben diese Hoffnung begraben.

Moskauer Rezepte? Ei nun, Moskau ist der Sitz der Kommunistischen Internationale. Die ist wirklich eine Internationale. Die ist eine Arbeiterinternationale. In deren Parteien kommt es nicht vor, daß in der hauptstädtischen Organisation 50 Prozent der Mitglieder und die meisten Arbeiter davonlaufen und nur die Herrschaften „mit stabilerem Einkommen" bleiben, wie in der Berliner SPD. Die Parteien der Kommunistischen Internationale sind alle Glieder einer Partei. Sie denken alle dasselbe und sagen alle dasselbe und tun alle dasselbe (während die Parteien der 2. Internationale in Frankreich Kredite für die Ruhrbesetzung bewilligen, in Deutschland darüber jammern und in der ganzen Welt einen „Verteidigungskrieg" im Bunde mit ihrer Bourgeoisie geführt haben). Und Moskau ist die Hauptstadt der einzigen proletarischen Republik. Deren Regierung denkt nicht russisch, sondern proletarisch. Die „Rezepte" der Kommunistischen Internationale sind nicht „Moskauer Rezepte", sondern internationalistische proletarische Vorschläge.

Nur keine Demagogie! Nur keine Verschleierung! Für den Dawes-Plan sein war ebenso nationalistisch, wie ihn nationalistisch ablehnen; denn die deutschen Sozialdemokraten waren für ihn im Interesse der deutschen Bourgeoisie, und die französischen Sozialdemokraten waren für ihn im Interesse „ihrer" Bourgeoisie.

Die deutschen Sozialdemokraten rühmen sich, „national" zu sein. Sie lügen. Sie sind nur nationalistisch. Mit der Aufgabe der deutschen Souveränität (jetzt) wird dem deutschen Proletariat (bei seinem Siege) auch die Herstellung der deutschen Nation erschwert werden. Heute gibt es keine deutsche Nation. Sie ist zersetzt in Klassen, deren herrschende die Nation mit Wollust verkauft und diesen Verkauf noch mit nationalistischen Phrasen drapiert, gleichgültig, ob sie für oder gegen Annahme des Londoner Sklavenpaktes ist. Die deutsche Sozialdemokratie tutet in dasselbe Horn. Es ist ganz wie 1914. Wieder soll sich das Proletariat für das „Vaterland" opfern, also die Bourgeoisie retten.

Das Proletariat hat so lange kein Vaterland, als es nicht die Macht im Staate hat. Hat es die Macht, so hat es ein Vaterland, so schaffte es die Nation, die es verteidigen kann und wird und muß, wie der russische Arbeiter und Bauer seine Republik verteidigt hat, siegreich und erfolgreich.

Wohnungen für die Ausgewiesenen!

Im Namen der kommunistischen Reichstagsfraktion haben Florian und Genossen folgenden Antrag eingereicht:

Zur Behebung der Wohnungsnot, die durch die Rückkehr der Ausgewiesenen in die besetzten Gebiete bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird, sind den Gemeinden unverzüglich Kredite in Höhe von 100 Millionen Goldmark zu mäßigem Zinsfuß zum Bau von Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Genosse Doriot über die SPD. und die 2. Internationale

Als zweiter Redner der Kommunistischen Partei griff Genosse Doriot in die Kammerdebatte über die Dawes-Pläne ein. Nach einer Kennzeichnung der imperialistischen Linie des Linksblocks gegen Deutschland, auf dem Balkan und gegen Sowjet-Rußland geht er zur Charakterisierung der

Rolle der deutschen Sozialdemokratie

über.

Die deutsche Sozialdemokratie als Stütze der deutschen Reaktion.

Der sozialdemokratische Redner Blum erklärte gestern, daß es in Deutschland Nationalisten gäbe. Das ist richtig. Es gibt in Deutschland eine nationalistische Welle, die täglich stärker wird. Sie haben sicherlich die großen **nationalistischen Demonstrationen**, die seit einigen Monaten in Deutschland organisiert werden, gemerkt. Besonders seit den Wahlen haben die Nationalisten ihre Demonstrationen vervielfacht. Ich erinnere an **Halle** und **Leipzig**. Vor einigen Tagen veranstaltete Ludendorff eine Militärparade in Weimar, in deren Verlauf er offen von der Notwendigkeit der Vorbereitung des Revanche-Krieges gegen Frankreich sprach.

Aber von wem werden diese Demonstrationen in Deutschland unterstützt?

Ich werde Ihnen einiges sagen, was Sie, die Sie auf die „deutsche Demokratie" rechnen, überraschen wird. Diese nationalistischen Demonstrationen werden von der **deutschen Sozialdemokratie** der 2. Internationale geschützt. In Halle war es der sozialdemokratische Polizeipräsident Runge, der seine Maschinengewehre den Nationalisten zur Verfügung gestellt hat, um die kommunistischen Arbeiter am Sprechen zu verhindern.

Anderswo war es der Sozialdemokrat Richter, der derselben Internationale wie die französischen Sozialdemokraten angehört, der kommunistische Arbeiter verhaften ließ, weil sie gegen diese nationalistischen Demonstrationen kämpfen.

Es wurde hier gesagt, Sie rechnen auf die deutsche Demokratie. Nein, meine Herren, **rechnen Sie damit nicht. Sie existiert nicht.** Die deutsche Demokratie, das ist dasselbe, wie die deutsche Reaktion. Das mag Ihnen unangenehm sein. Aber ich will die Politik der deutschen Sozialdemokratie einer kleinen Untersuchung unterwerfen.

Erstens: Im September des vergangenen Jahres hat die deutsche Sozialdemokratie mit Stresemann zusammen gearbeitet, ihn unterstützt. Und was brachte dieser Stresemann? Den **Belagerungszustand** über Deutschland, **die Herrschaft von 14 Generalen** und des Militärs über das ganze Reich. Das war die Politik der Sozialdemokratie im vergangenen Jahr.

Die deutsche Sozialdemokratie sitzt im Staatsapparat. Der Reichspräsident Ebert ist ein Sozialdemokrat. Zahlreiche Polizeipräsidenten und frühere Staatsfunktionäre sind Sozialdemokraten. Wollen Sie, daß ich Ihnen eine Rede Eberts zitiere? Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert hat anläßlich der Feier des zehnten Jahrestages nach dem Kriegsausbruch Gott als Zeugen angerufen, um zu erklären, daß das kaiserliche Deutschland vor zehn Jahren einen bloßen **Verteidigungskrieg** geführt hat. Das sagt der Präsident Ebert. Sie aber, die französischen Sozialdemokraten, behaupten täglich, daß **Frankreich keine Schuld** am Kriegsausbruch hat. Wie wollen Sie nun Ihren Standpunkt mit dem Eberts vereinbaren? Wir Kommunisten haben immer behauptet, daß die **kapitalistischen Staaten alle mitsamt** verantwortlich sind für den imperialistischen Krieg 1914/18. Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie von heute ist, ebenso wie die der französischen Sozialdemokratie, nichts anderes, als ein Versuch der Rechtfertigung ihrer Haltung von 1914. Sie setzen Ihren Verrat auch heute fort, meine Herren Sozialdemokraten!

Nach Ihrem Redner ist die Ursache der nationalistischen Welle in **Deutschland die Ruhrbesetzung.** Das ist wahr. Indem Sie aber der **Verlängerung dieser Besetzung zustimmen,** tragen Sie zur Verstärkung dieser nationalistischen Welle in Deutschland bei und sind dafür ebenso verantwortlich wie Poincaré und Herriot, mit dem Sie sich solidarisieren.

Sie **bewilligen die Kredite** für die Ruhrbesetzung. Nach dem, was Sie über diese Besetzung gesagt haben, müßten Sie sich schämen. Sie, meine Herren Sozialdemokraten, stimmen dem **Sachverständigenplan** zu. Meinen Sie vielleicht, daß seine Durchführung die nationalistische Welle in Deutschland schwächen wird?

Die deutschen Eisenbahnen sollen von einem Franzosen beherrscht werden. Die deutsche **Bank** von einem internationalen Komitee. **Sind das keine Argumente für die deutschen Nationalisten?** Sie, die Sozialisten, die sich Demokraten nennen, organisieren die **Herrschaft der Hochfinanz,** der **Schwerindustrie und der fremden Banken über Deutschland.** Sie, die Sie unaufhörlich von der Demokratie, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker reden, sind damit einverstanden, daß Deutschland unter die **Herrschaft einer Handvoll Bankherren gestellt wird,** und Sie wünschen, daß es in Deutschland keine nationalistischen Strömungen gibt. Werden Sie nicht auch Ihre Demokratie auch in Frankreich an amerikanische Bankiers verkaufen, an die Sie heute Deutschland verkauft hat?

(Zwischenruf Herriot: Auch die Sowjetregierung nimmt ausländische Anleihen auf!)

Doriot: Aber die Sowjetrepublik **wird nicht der Herrschaft amerikanischer Bankiers ausgeliefert!**

Was die pazifistischen Phrasen anbelangt, so sprechen die Tatsachen eine andere Sprache. Sie glauben selbst nicht an diese Phrasen. Ich erkläre im Namen meiner Partei, daß **Sie die Volksmassen mit diesen Phrasen betrügen!**

Die Folgen des Dawes-Planes.

Herriot hat in seiner Antwort an Cachin erklärt, daß die Folgen der Sachverständigenpläne für das deutsche Proletariat nicht so tragisch sein werden, wie es Genosse Cachin ausgemalt hat. Nun, nehmen wir ein konkretes Beispiel. Die Ueberführung der deutschen **Eisenbahnen** in privatkapitalistischen Besitz. Welche Folgen wird das für das deutsche Proletariat haben? Erstens einen **Personalabbau;** in Verfolg eine Vergrößerung der **Arbeitslosigkeit,** dann die **Verlängerung der Arbeitszeit** und schließlich die **Erhöhung der Tarife der niedrigen Wagenklassen.**

Sie behaupten, daß nicht nur die deutsche Arbeiterklasse belastet werde, weil doch auch von der deutschen Industrie 5 Milliarden gefordert werden. Nun, wir wissen, was die Folgen dieser Maßnahmen sein werden. Wo haben Sie schon eine Bourgeoisie gesehen, die sich eine solche Belastung gefallen läßt und die nicht durch **Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Herabdrückung der Löhne** diese Belastung auf die Arbeiterschaft abwälzt?

Auch hier ist nur die deutsche Arbeiterklasse belastet.

(Herriot: Wollen Sie vielleicht, daß die **französische** Arbeiterklasse die Reparationen zahlt?)

Doriot: Ich werde auf diesen Punkt zurückkommen. Dann wurde erklärt, daß **die indirekten Steuern, die Verbrauchssteuern,** erhöht werden. Wen belasten diese Steuern, wenn nicht die deutsche Arbeiterklasse? Wissen Sie, daß das **Lohnniveau** des deutschen Arbeiters 40 Prozent der englischen Arbeiterschaft ausmacht? Die deutsche Arbeiterklasse ist furchtbar ausgebeutet. Ihre Lebenshaltung ist unglaublich niedrig. Durch den Sachverständigenplan soll sie noch niedriger gedrückt werden.

(Clouzot (Soz.): Vielleicht sollen doch die französischen Arbeiter zahlen?)

(Herriot: So scheint es!)

Doriot: Ich bin überrascht, aus dem Mund eines sogenannten **Sozialisten** ein solch nationalistisches Argument zu hören! Die deutsche Arbeiterschaft zahlt bereits 80 Prozent aller Staatseinnahmen.

Nun kommt man mit dem Argument, ob denn die **französische Arbeiterklasse** statt der deutschen zahlen soll. Ich habe Ihnen bereits gezeigt, daß die deutsche Arbeiterklasse schon sehr viel gezahlt hat; daß es ihr schwer ist, noch mehr zu zahlen. Aber auch die französische Arbeiterschaft hat einen Teil bereits gezahlt und wird morgen noch mehr zahlen. Sie werden gegen das französische Proletariat das Argument ins Feld führen, das Sie bereits angewandt haben: „Wenn in Deutschland die Arbeitsbedingungen schlecht sind, die Löhne niedrig, die Lebenshaltung sehr niedrig, so müssen wir auch in **Frankreich die Löhne so regeln,** daß sich die Situation in den beiden Ländern ausgleicht. Das ist die Tendenz des europäischen Kapitalismus. Das werde ich an Beispielen nachweisen.

Erstens die **Streikbewegung in Kattowitz in Polen,** die 200 000 Grubenarbeiter umfaßte. Der Streik ist ausgebrochen, weil die polnischen Unternehmer das eben angeführte Argument ins Feld führten und die Lebenshaltung der polnischen Arbeiter auf das Niveau der deutschen herabdrücken wollten.

In Belgien wollen die Grubenherren die Löhne mit dem Argument herabsetzen, daß die deutschen Arbeiter um niedrige Löhne arbeiten. Das werden auch Ihre Argumente gegen die französische Arbeiterschaft sein.

Wir erklären, daß der Sachverständigenplan die Massen der deutschen Arbeiter ebenso ausbeuten wird, wie die **Massen der französischen Arbeiter** und die ganz Europas.

Sie, meine Herren, erklären: Um den Dawes-Plan zu verwirklichen, brauchen wir den „sozialen Frieden".

Wir aber sagen,

daß Sie mit diesem Plan den Bürgerkrieg vorbereiten.

Sie werden überall die Auflehnung großer Massen erleben. Sie sollen wissen, daß wir alles unternehmen werden, um diese Massen zu unterstützen, um ihren Widerstand zu organisieren gegen den Dawes-Plan.

Sie behaupten, die **deutsche Produktion** heben zu wollen. Wo soll aber diese erhöhte Produktion abgesetzt werden? Sie wird sich in Frankreich, in England und anderen Ländern Absatzgebiete suchen. Die Absatzmärkte sind verteilt und überfüllt. Amerika, dessen Hilfsbereitschaft von der Sozialdemokratie so hoch gepriesen wird, sucht nur die Regelung der europäischen Produktion und der europäischen Märkte in einer Weise, die der amerikanischen Produktion, die selbst an Absatzkrisen leidet, nützlich sein soll.

Der Widerstand der englischen Bergarbeiter gegen den Dawes-Plan

(Eig. Drahtm.) Hull, 1. September.

Das Exekutivkomitee der englischen Bergarbeiter-Gewerkschaft hielt in Hull eine Sitzung ab, um gegen die Auswirkungen des Dawes-Planes Stellung zu nehmen. Cook erklärte, der englische Handels- und Wirtschaftsausschuß hätte die Bergarbeiter aufgefordert, ihre Ansichten über den Dawes-Plan vorzulegen. Die Bergarbeiter haben Protest eingelegt bei der englischen Regierung, daß sie in diesem Ausschuß nicht vertreten sind, der bekanntlich die Entwicklung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse, insbesondere die der französischen Konkurrenz übermachen soll.

Cook wies noch einmal darauf hin, daß die Mehrarbeit und die herabgesetzten Lohnsätze, die durch den Dawes-Plan den deutschen Arbeitern aufgezwungen werden, unvermeidlich auf die Arbeitsbedingungen der englischen Bergarbeiter zurückwirken. „Wir müssen unsere Lebenshaltung verbessern, indem wir den schärfsten Widerstand gegen die Versklavung der deutschen Arbeiter leisten."

(Eig. Drahtm.) London, 1. September.

Der „Daily Herald", das Organ der englischen Sozialdemokratie, veröffentlicht Briefe von Arbeitern, die dagegen protestieren, daß bei den letzten Wahlen frühere Liberale, die erst vor kurzem zur Labour-Party übergetreten waren, als Abgeordneten-Kandidaten aufgestellt wurden. Diesen ehemaligen Liberalen wird vorgeworfen, daß sie sich gar nicht um die Wählerschaft, die sie als Abgeordnete gewählt hat, kümmern und keinen Zusammenhang mit der Partei haben. Sie empören sich dagegen, daß man überhaupt damals solche liberalen Abgeordneten vorgeschlagen hat, weil diese reichen Bourgeois Geld für die Wahlagitation der Labour-Party gegeben haben.

Im Zusammenhang mit dieser Empörung stehen auch die Anträge mehrerer lokaler Gruppen in der Labour-Party, die von dem kommenden Parteitag der Labour-Party verlangen, daß ein Beschluß gefaßt wird, nach dem nur solche Mitglieder aufgestellt werden können als Abgeordnete oder leitende Funktionäre, die mindestens drei Jahre Mitglieder der Labour-Party sind.

Die Austromarxisten machen mit

Wien, 2. September.

Otto Bauer hat namens der österreichischen Sozialdemokratie im Zollausschuß den Antrag eingebracht, gegen Deutschland einen 33⅓ prozentigen Schutzzoll einzuführen. Da die englischen und französischen Sozialdemokraten mit ihren „Schutzzöllen" und anderen Dawes-Maßnahmen die deutsche Produktion abwürgen, können doch die österreichischen Sozialdemokraten keinesfalls zurückbleiben.

Der österreichische Zollausschuß hat diesen, von imperialistischer Konkurrenzwut diktierten sozialistischen Antrag gegen die deutschen Industrieprodukte angenommen.

Die Herriot-Regierung triumphiert über die französischen Arbeiter

(Eig. Drahtm.) Le Havre, 3. September.

Der Marinepräfekt von Toulouse wurde von der Regierung beauftragt, den Technikern und Arbeitern der staatlichen Arsenale, die sich als Streikbrecher im Kampf der Hafenarbeiter besonders rühmlich hervorgetan haben, Orden zu verleihen.

Bei einem Festessen, bei dem die Ordensverleihung stattfand, erklärte der Präfekt in seiner Ansprache: Der Geist des Knüppels, der sehr nötig sei, sei sehr wohl zu vereinbaren mit rücksichtsloser Unparteilichkeit, die größte Pflicht jeder Regierung sei.

Verschärfte Streiklage in Belgien

(Eig. Drahtm.) Brüssel, 3. September.

Die Streiklage im belgischen Kohlenbergbau hat sich infolge des Vorgehens der von der Polizei geschützten Streikbrecher verschärft. Die Streikenden verweigern die Leistung von Notstandsarbeiten. Die Polizei erzielt erhebliche Verstärkung.

Die drohende Revolution in Polen

(EPB.) Moskau, 2. September.

Die Lage in den Ostbezirken Polens verschlimmert sich mit jedem Tage. Die Linkspresse schlägt vor, zwecks Beruhigung der Bevölkerung sofort die Bodenreform durchzuführen und ihr auch andere Erleichterungen zu gewähren. Die Rechte hofft, daß die Bewegung durch Militärgewalt wird unterdrückt werden können.

Revolutionäres Attentat in Japan

(TU.) Tokio, 2. September.

Ein Sozialist feuerte gegen den General Gifuksa einen Schuß ab und ermordete ihn. Der Attentäter wurde festgenommen. Man nimmt an, daß die Tat aus Rache für die Erschießung des bekannten Sozialisten Usugi während des Erdbebens erfolgte, als der genannte General an der Spitze der Garnison stand und die Truppen zahlreiche revolutionäre Arbeiter erschossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240903-15/fragment/page=0003

Gewerkschaftsbewegung

An alle Mitglieder der Union der Hand- und Kopfarbeiter im Bezirk Mitteldeutschland

Laut Beschluß der Gesamtzentrale der Organisation sind die Leiter der Industriegruppe Bergbau, Fritz Rößling, und der Industriegruppe Metall, Artur Brandt, ihrer Posten enthoben.

Dieser Beschluß machte sich notwendig, da beide hinter dem Rücken der Gesamtleitung organisationsschädliche Handlungen vorgenommen haben. Die Mitglieder der Union werden aufgefordert, mit beiden keine Abrechnungen sowie andere Organisationshandlungen zu tätigen.

Alle Abrechnungen und sonstige Handlungen sind bis auf weiteres mit den Genossen Otto Härtel und Wilhelm Wollmann, die in Halle, Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 6, in den Tagesstunden anzutreffen sind, vorzunehmen.

Heute Mittwoch, den 3. September, abends 6 Uhr, Sitzung der Bezirksleitung und der Funktionäre in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14.

Genossen! Bei der Wichtigkeit und Eile ist es notwendig, daß alle Mitglieder, soweit sie Funktionäre sind, vollzählig in dieser Sitzung erscheinen. Beschlüsse von weittragender Bedeutung sollen gefaßt werden. Mitgliedsbücher sind unbedingt mitzubringen, da ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt gewährt werden kann.

Die Zentralleitung der Gesamtorganisation der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands.
J. A.: Max Müller.

Union der Hand- und Kopfarbeiter. Gruppe Bergbau und Metall

Heute, Mittwoch, abend 9 Uhr wichtige Funktionärsitzung in der Produktiv-Genossenschaft. Es ist notwendig, daß jeder Funktionär erscheint. In der Sitzung muß Stellung genommen werden zu den letzten Vorgängen in der Union, Bezirk Halle. Erscheint daher alle.

Lohnbewegung für das Handels- und Transportgewerbe, Halle und Umgegend

Der Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe hat, obwohl seit dem 17. April eine Lohnerhöhung nicht eingetreten ist und trotzdem ein Steigen der Lebenshaltungskosten zu verzeichnen war, jede Lohnverhandlung erneut abgelehnt. Die jetzigen Hungerlöhne zwingen die Funktionäre, erneut vom Arbeitgeberverband Verhandlungen zu verlangen. Da der Arbeitgeberverband aber wiederum Verhandlungen abgelehnt hat, ist nunmehr der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Beim Einigungstermin erklärte der Vertreter des Arbeitgeberverbandes Dr. Düring, daß Lohnverhandlungen auf keinen Fall gewährt werden kann. Der Termin vor der Schlichtungskammer findet nunmehr am Dienstag, dem 9. September, vormittags 11 Uhr, statt.

Kollegen und Kolleginnen! Wiederum zeigt sich, daß mit dem Arbeitgeberverband in freien Vereinbarungen nichts zu erreichen ist. Erkennt deshalb den Ernst der Situation! Erfüllt Eure Pflicht und führt die Unorganisierten schnellstens wieder zurück in ihre Organisation, dem Deutschen Verkehrsbund. Denn nur dadurch ist und wird es möglich sein, den Arbeitgeberverband zu einer anderen Stellungnahme zu zwingen

Deutscher Verkehrsbund, Verwaltung Halle.

Neues vom Tage

Feuerwerksexplosion im Lunapark Leipzig

Sonntag gegen mittag explodierte im Leipziger Feuerwerkskörper, der das gesamte Material für ein Riesenfeuerwerk, das am Abend vorgeführt werden sollte in Brand setzte. Die ganze Feuerwerksanlage geriet unter einer heftigen Detonation in Flammen, durch die auch das Damenbad völlig vernichtet wurde. Die Entstehungsursache ist ungeklärt, es wird Selbstentzündung vermutet. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt.

Auf Teilzahlung
Gummimäntel
in großer Auswahl
Carl Klingler
Leipziger Str. 11, 1. Etage
Nicht im Laden

Auf Kredit
erhält 257
jedermann

Damen-Garderobe

Herren-Garderobe

Einzel-Möbel

Kompl. Küchen u. Schlafzimmer

Achtung, Weißenfels!
Empfehle mein
Frisier-Geschäft Marienstr. 13
Zur Kameradschaftspflege für den „Roten Frontkämpfer-Bund"
Anmeldungen werden hier besorgt
Walter Kretzschmar, Friseur
Weißenfels, Marienstr. 13

Nach wie vor
kaufen Wiederverkäufer vorteilhaft
Schokoladen, Keks
Kakao, Bonbon
sowie alle anderen Süßigkeiten
bei der bekannten 270
Schokoladen-Spezial-Großhandl.
Willy Voigt
Halle, Markt 6,
vorm. Bachran & Co.,
Ecke Schülershof. Tel. 4736

Hermann Liebau
Halle a. d. S.
Merseburger Straße 22

Ab Donnerstag, den 4. September,
wieder regelmäßige Sprechstunden
Dr. med. Baege
Augenarzt
Merseburg, Marienstr. 1
875 Am Gemeinschaftsbahnhof

Ganz Deutschland wird über diese Qualität erstaunt sein!

Jedermann, der „Schwan im Blauband" versucht, wird zu der Überzeugung kommen, niemals etwas Ähnliches gekostet zu haben.

„Schwan im Blauband" verdankt ihr gutes Gelingen nicht etwa einem Zufall, sondern jahrelangen systematischen Versuchen. Sie können sich selbst hiervon überzeugen, indem Sie ein Paket der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" kaufen. Schon beim Öffnen werden Sie von dem herrlichen Aroma entzückt sein.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.

DEUTSCHLAND
MARGARINE
Schwan im Blauband
frisch gekirnt
*550

Hausfrauen kauft nur bei unseren Inserenten!

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107001.
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Ortsgruppe Halle

Oberbezirksversammlungen finden am Donnerstag, dem 4. September, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen statt.

Oberbezirk Nord. Alle Kassierer rechnen morgen abend in der Oberbezirksversammlung mit den Karten (bezw. Vergnügen) ab.

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Donnerstag, 4. September, abends 8 Uhr, im „Elsterial": Wichtige Sitzung der Funktionäre.

Dölau. Sonnabend, 6. September, abends 8 Uhr, bei Dierschke: Funktionärsitzung.

Kreis Merseburg

Schkeuditz. Freitag, 5. September, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 4. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": Sitzung der Kreisleitung sowie aller Referenten des Kreises Bitterfeld.

Grüfenhainichen. Sonnabend, 5. September, abends 8 Uhr, im „Goldenen Adler": Mitgliederversammlung

Kreis Zeitz

Zeitz. Freitag, 5. Sept., abends 8 Uhr, „Schützenhaus": Oeffentl. Volksversammlung.

Kreis Torgau

Annaburg. Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": Oeffentliche Volksversammlung.

Kreis Naumburg

Naumburg. Freitag, 5. September, abends 8 Uhr, im „Ratskeller": Oeffentliche Volksversammlung.

Spendet für die „Rote Hilfe"

Stadt-Theater
Donnerstag, 7½ Uhr:
Emilia Galotti
Freitag: 2570
Undine

Garantiert reiner
Kakao
mit sehr hohem Fett-
2571 gehalt
Pfd. 65 Pf.
Goldene Sieben
Talamtstraße 7

Funkenburg
Merseburg
Morgen,
Donnerstag:
Schlachtefest

Partei-schriften
empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Zur Eröffnung
meines Herbst- und Winter-Verkaufes
Elegante Damen-Hüte in Samt, Zylinderplüsch, echt Velour, Filz und Leder
Moderne Herren-Hüte
Klub- u. Sportmützen 876
Niedrigste Preise bei größter Auswahl
O. Häring, Weißenfels
Leipziger Straße 12 neben Konsum
Domenhutausstellung im Laden u. Schaufenster

Aufruf!

An alle Gewerkschaftskartelle und Arbeiterbildungsausschüsse des Merseburger Bezirks!

Genossen! Ich stelle meine kinematographische Einrichtung in den Dienst der Aufklärung! Winterspielplan der „Kulturlichtspiele", Sitz: Wittenberg, Adlerstraße 3

Einige meiner Filme: 229

„Der Ritualmord". Zur Judenfrage in Rußland, 7 Akte
„Das Wunder d. Soldaten Iwan". Militär-Anekdote, 4 Akte
„5 Jahre Sowjet-Rußland". Aktuell, 3 Akte
„Eine Reise durch Rußland". Aktuell, 3 Akte
„Der Weg nach dem Osten". Aktuell, 4 Akte
„Jola". Wunderbares Werk, 6 Akte
„Satans Niederlage". Kolossalfilm, 7 Akte
„Politischka". Nach Tolstoi, 6 Akte und viele Filme der „ZUH" von Ruß, Moskau

Genossen, richtet Spieltage ein, macht rechtzeitig Offerten. Ich bin in der Lage in jedem Saale von 110 bis 380 Volt arbeiten zu können. Willy Thiele, Wittenberg, Adlerstr. 3

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Saalkreis

Dölau, Lettin, Piesdorf. Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr, bei Dierschke (Dölau): Mitgliederversammlung. Referent anwesend.

Sennewitz, Morl und Mösdorf. Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr: Gründungsversammlung.

Teicha, Merkwitz, Wallwitz. Donnerstag, 4. September, „Rotes Haus".

Hohenthurm, Zwebendorf, Radatz. Freitag, 5. September, in Hohenthurm.

Landsberg, Gütz, Colma, Reinsdorf. Sonnabend, 6. September.

Gröbers, Osmünde, Großkugel. Sonntag, 7. September, im Gasthof Gröbers.

Beesenlaublingen. Mittwoch, 3. September, bei Gremler: Mitgliederversammlung.

Kreis Merseburg

Neumark. Sonnabend, 6. September, abends 8 Uhr: Gründungsversammlung.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld und Niemegk. Donnerstag, 4. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": Mitgliederversammlung.

Zörbig. Freitag, 5. September, abends 8 Uhr, im „Schloßgarten": Oeffentliche Gründungsversammlung.

Kreis Sangerhausen

Roßla. Freitag, 5. September, abends 9 Uhr, im Gasthof: Mitgliederversammlung.

Kreis Wittenberg

Wittenberg. Donnerstag, 4. Sept., abends 8 Uhr, in Muths-Saal: Gründungsvers.

Kreis Liebenwerda

Mückenberg. Mittwoch, 3. Sept., abends 8½ Uhr, bei Rollof: Gründungsversamml.

Grünewalde. Freitag, 5. Sept., abends 8½ Uhr, bei Schmidt: Gründungsversamml.

Kreisvorstand KPD.

Kaufe Kanarienhähne zu erhöhten Preisen
Fritz Tischler
Breitestr. 20

Pianos
harmoniums
sprechapparate
Lüders
Mittelstr. 8/10.

Felle
Häute, Wolle
kauft 267
A. Weise
Rannische Str. 1
Tel. 1667

874 Morgen,
Donnerstag:
Frische Wurst
Adolf Schumann,
Zeitz,
Kramerstraße 12.

Antiquitätsantiqu. empfi.
Volksbuchhandlung.

In diesen Tagen wird der September-Abonnementsbetrag kassiert. Wer den August noch zu bezahlen hat, hole das Versäumte nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240903-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Parteiarbeiter-Konferenz des Bezirks Halle-Merseburg

Schlußwort der Genossin Ruth Fischer:

Der 5. Weltkongreß hat endlich Klarheit über die Rolle der Kommunistischen Partei geschaffen. Wir sehen, daß sich gerade in Schweden die Kommunistische Partei lieber gespalten hat, als daß sie ihr klares Gesicht verfälschen läßt.

Es muß klar erkannt werden, daß die SPD. **eine Partei der Bourgeoisie ist.** Unsere Aufgabe ist es, die Rolle der Bolschewiki in Deutschland zu spielen und durchzuhalten, wie die Russen während zwölf langer Jahre der Unterdrückung durchgehalten haben.

Wir müssen die Lage des Kapitalismus richtig einschätzen. **Hinter seiner Konsolidierung lauert der neue Krieg.** Das müssen wir den Massen klarmachen. Die KPD. muß eine Massenpartei sein, eine Gruppe, die sich nicht abschließt und einkapselt.

Wir müssen die Teilkämpfe der Arbeiter führen, aber nicht, wie die Reformisten, die über diesen Teilkämpfen das große Ziel der Arbeiterklasse vergessen. Wir müssen die Teilkämpfe als Glied dieses großen Kampfes der Masse klarmachen.

Was die Gewerkschaftsfrage anbelangt, so sind in der Gewerkschaftsfrage keine unüberbrückbaren Gegensätze zutage getreten. Der 5. Weltkongreß hat endlich Klarheit auch in diesem Punkt gebracht. Jeder hat jetzt zu wählen, entweder in die Gewerkschaften einzutreten oder die Partei zu verlassen. Die revolutionären Elemente werden jedoch bei uns bleiben oder sehr schnell wieder zu uns kommen.

Wir müssen kämpfen gegen eine neue Verschlechterung der Arbeiterklasse. Lassen wir der SPD. auch nur den Schein, als kämpfe sie, so werden wir in den Betrieben eine schwere Lage haben. SPD. und Bourgeoisie gehen heute radiater denn je gegen die KPD. vor. Die bürgerliche Presse sagt ja ganz deutlich: **Einmal wurde der Bolschewismus durch die Notenpresse bekämpft, heute gibt es nur den anderen Weg.**

Wir müssen also vor allen Dingen **für Erhöhung des Lohnes und Herabsetzung der Arbeitszeit kämpfen.** Wenn dies nicht geschieht, können wir auch keine politische Arbeit leisten. Wir haben einen Gegenentwurf gegen das Londoner Abkommen eingebracht. Damit werden wir den Arbeitern zeigen, daß wir für eine bessere Lebenshaltung kämpfen. Und wir sehen auch schon, wie das eingeschlagen hat. In den Betriebsversammlungen werden wir über dieses Sachverständigengutachten der Arbeiter sprechen. Und diese Kämpfe, die uns jetzt bevorstehen, werden einen anderen Charakter haben als im Oktober vorigen Jahres.

*

Nachstehende Resolution wurde bei einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen:

Die zentrale Aufgabe des deutschen Proletariats und seiner Partei, der Kommunistischen Partei, ist der Kampf gegen die Verwirklichung des Dawes-Planes. Der Dawes-Plan ist der Pakt der deutschen mit der westeuropäischen und amerikanischen Bourgeoisie, der die Versklavung nicht nur des deutschen, sondern des gesamten Weltproletariats bedeutet. Der Dawes-Plan ist das offensive Bündnis des Weltkapitalismus gegen die Revolution und insbesondere gegen die Sowjetunion.

Der Deutsche Reichstag hat dem Sklavenpakt zugestimmt. Dadurch, daß die Sozialdemokratie die Rolle des Vorkämpfers für die Kolonisierung Deutschlands durch das Ententekapital übernahm, hat diese Partei erneut bewiesen, daß sie nicht eine proletarische Partei, sondern ein Flügel der Bourgeoisie ist. Die SPD. hat die historische Aufgabe, das Kapitel vor dem Proletariat, die Bourgeoisie vor der Revolution zu schützen. Der SPD. kämpft gegen die proletarische Lösung der Reparationsfrage, gegen das Bündnis des deutschen Proletariats, das den Kampf um die politische Macht aufnehmen muß, mit Sowjet-Rußland. Die SPD. kämpft gegen Moskau für London.

Die KPD. hat die Aufgabe, die proletarischen Massen zu mobilisieren, nicht um den Dawes-Plan zu verbessern, zu reformieren, nicht um eine „gerechte Verteilung der Lasten" herbeizuführen, sondern, um den Dawes-Plan, als den Raubplan des internationalen Kapitals, zu vernichten.

Die Auswirkung der Sachverständigenpläne wird eine ungeheure Verelendung des deutschen Proletariats sein. Die Kommunistische Partei hat die Pflicht, an der Spitze aller Kämpfe zur Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung zu stehen. Die Kommunisten dürfen nicht erlahmen, den Massen die Kampfparole einzuhämmern:

Heraus mit den Löhnen!
Herab mit der Arbeitszeit!

Aber das Einhämmern dieser Parole in die Köpfe der Massen hat nur dann Sinn, wenn jeder Parteigenosse verstehen lernt, die wachsende Mißstimmung über die schlechte Lebenshaltung in bewußten Kampfeswillen des Proletariats umzumünzen. Erfolg können alle Kämpfe nur dann haben, wenn sie als Vorbereitung für die Revolution organisiert und geführt werden.

Die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie hat mit den sozialdemokratischen Führern den Sklavenplan gutgeheißen. Die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie ist jetzt nach Annahme des Paktes verpflichtet, im Interesse der Bourgeoisie, jeden Kampfwillen der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Sie wird den ernstesten Versuch machen, die freien Gewerkschaften vollständig in den Dienst des internationalen Kapitals zu stellen.

In dieser ernsten Situation ist erforderlich, daß jeder Kommunist sich seiner Pflichten, die er durch die Anerkennung der 21 Thesen eingegangen ist, erneut erinnert. Die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages, des 5. Weltkongresses, der Kommunistischen Internationale und des 3. Weltkongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale sind dazu angetan, nunmehr die eiserne bolschewistische Partei zu schaffen, die das Proletariat zur Führung der Kämpfe um Lohn und Arbeit und um die proletarische Diktatur braucht.

Die Konferenz der Hauptparteiarbeiter des Bezirks Halle-Merseburg begrüßt die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und der beiden Weltkongresse. Sie verpflichtet die gesamte Parteimitgliedschaft, mit aller Beschleunigung und ganzer Kraft alle Beschlüsse restlos in die Tat umzusetzen. Insbesondere begrüßt die Konferenz, daß in der Gewerkschaftsfrage nunmehr eine einheitliche Linie festgelegt worden ist, die alle Schwankungen unmöglich macht. Es ist die Pflicht jedes gewerkschaftlich unorganisierten Kommunisten, sofort in die freien Gewerkschaften zurückzukehren. Gegen jede Abweichung muß mit aller Schärfe vorgegangen werden. Eine umfassende energische Kampagne mit dem Ziel einer einheitlichen revolutionären Gewerkschaftsbewegung muß in allen Zahlstellen der Zentralverbände von den Kommunisten begonnen werden. In den selbständigen Verbänden muß in gleicher Weise eine energische Kampagne für die Einheit der Gewerkschaften eingeleitet werden.

Die Bezirkskonferenz begrüßt den Aufruf der Zentrale und der Reichsgewerkschaftskonferenz, der die Arbeitermassen Deutschlands auffordert, in die freien Gewerkschaften zurückzukehren und den Aufruf der Bezirke Halle-Merseburg, Magdeburg-Anhalt, der die Arbeiter Mitteldeutschlands auffordert, das Provinzkartell den Händen des Reformisten Wernicke zu entreißen. Jeder Genosse, der diese Aufgabe lösen will, muß sich bewußt sein, daß er in den gewerkschaftlichen Organisationen die Aufgabe hat, lediglich Parteiaufträge durchzuführen.

Vorwärts! An die Gewerkschaftsarbeit!

Am Donnerstag, dem 4. September, abends 8 Uhr, finden in nachfolgenden Lokalen

Oberbezirksversammlungen

statt:

Oberbezirk Mitte: „Goldene Kette", Alter Markt.
Oberbezirk Westen: Produktiv-Genossenschaft.
Oberbezirk Süden: „Lostis Hof", Merseburger Straße.
Oberbezirk Osten: Weber, Flugplatz.
Oberbezirk Norden: „Volkspark", Burgstraße.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung verpflichtet alle Genossen und Genossinnen, zu erscheinen. **Die Ortsgruppe Halle.**

Die Geprügelten melden sich

Wir haben in den letzten Tagen des öfteren Gelegenheit gehabt, uns mit dem hiesigen SPD.-Käseblättchen zu befassen. Nicht etwa wegen der „Bedeutung" dieses Winkelorgans, sondern, weil es recht fleißig die offiziellen Lügen seines Parteivorstandes und des Berliner „Vorwärts" gegen die Kommunisten nachdruckt.

Das Schulterle in der Redaktion des Blättchens hat sich wohlweislich gehütet, uns zu antworten. Wie ein Hund kniff er den Schwanz ein und ließ die Prügel über sich ergehen. **Nun, da das Londoner Abkommen mit Hilfe der erbärmlichen Lakaienpolitik der SPD. angenommen ist, wagt Schulterle sich wieder hervor.** In der gestrigen Dienstag-Nummer des Blättchen wird fast **eine ganze Seite der Kommunistenhetze gewidmet.**

Unter der Ueberschrift „Demagogisches Mäschen" wenden sie sich dagegen, daß wir die Haltung der SPD. in der Abstimmungsfrage als verbrecherisch gekennzeichnet haben. **Warum so empfindsam, alte Bettel?** War es etwa eine proletarische Heldentat, Cesseßen zuzustimmen, die in ihrer praktischen Durchführung eine in der Geschichte kam gekannte Versklavung der deutschen werktätigen Volksmassen darstellen? Und daß Arbeitervertreter am lautesten für die Vollstreckung dieses Schandwerks schrien, kann das etwa anders als verbrecherisch genannt werden? Daß das SPD.-Blättchen sich gegen diese Charakterisierung wehrt, beweist nur, daß unser Hieb gesessen hat.

Auch auf den **Kampf um die Amnestie** geht das Blättchen ein. Der Geselle, der diesen Verteidigungsartikel zusammengeschmiert hat, versucht sich mit echter Schulterle-Manier aus der Schlinge zu ziehen. Er liest aus dem vom Genossen Koenen im Reichstag bekanntgegebenen Brief der Stargard-Gefangenen heraus:

die politischen Gefangenen wollten gar nicht befreit werden!

Mit einem solchen Bubenstück will dieser Bursche verdecken, mit welchen gemeinen Mitteln die SPD. die Amnestie hintertrieben hat, und da paßt es denn ganz in den Rahmen hinein, daß der Artikel zum Schluß eine **Verleidigung des provokatorischen Richters Brodauf** bringt, eines Mannes, der sich mit zynischer Offenheit für die **Inhaftbehaltung der 7000 proletarischen Kämpfer** ausgesprochen hat. Eine edle Gesellschaft! **Sie sind einander würdig, dieser Klassenjustizer und die schuftige SPD.!**

Crispiens Hereinfall

Wie eine Henne, die ein Windei gelegt hat, gackert das „Volksblatt" über den „moralischen Erfolg" der SPD. in der Crispien-Versammlung. Es sei ein ungeheurer Fortschritt gewesen, daß Crispien habe sprechen können. Das „Volksblatt" verschweigt, daß Crispien das Maul zur Kommunistenhetze nur deshalb ungestraft öffnen konnte, weil er

von einem Kordon Polizeibamten geschützt

wurde. Die sozialdemokratische Haarmann-Schupo-Partei hatte eine ganze Horde bewaffneter Ordnungshüter aufmarschieren lassen, da sie sich vor der hallischen Arbeiterschaft fürchtete. Zu diesem „Erfolg" gratulieren wir den SPD.-Helden natürlich! Sie haben damit übrigens offen kundgetan, mit welchem „Massenbesuch" ihrer Anhänger sie rechneten. Sie wußten eben ganz genau, daß das Bäckerdutzend Sozialdemokraten (oder sind es nicht mehr so viele?), das hier in Halle den Noskeschen Haarmann-Kurs vertritt, schlechte Erfahrungen machen wird, wenn es einmal mit der Arbeiterschaft in Berührung käme. Natürlich versucht das Stankblatt, inspiriert von der Jammergestalt Crispiens, die erschienenen Massen mit der Bezeichnung **Lumpenproletarier** abzutun.

Die hallischen Arbeiter werden sich diese Verleumdung merken, wenn die Partei der feisten Spießbürger wieder einmal um den Stimmzettel der Massen winselt.

Im übrigen enthält der Bericht des „Volksblattes" so grobklotzige Unwahrheiten, daß es sich nicht lohnt, darauf näher einzugehen. Das Blättchen erscheint ja sowieso unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Nur einen besonders demagogischen Kniff wollen wir richtigstellen. In unserem Montags-Bericht über die Rede der Genossin Ruth Fischer hieß es über die englische Arbeiter-Regierung: „Sie hat die absolute Mehrheit im Unterhaus, die nichts ändert." Jeder denkende Leser mußte schon aus dem Zusammenhang, wie auch aus der eigentümlichen Formulierung des Satzes klar merken, daß es sich hier um einen Druckfehler in der Wiedergabe der Ausführung der Genossin Ruth Fischer handelt. Jeder Teilnehmer unserer Parteiarbeiterkonferenz wußte, daß die englische Arbeiterpartei eine Minderheit im Parlament hinter sich hat und nur regieren kann, weil sie eine Politik macht, in der sie die Unterstützung der Liberalen und Konservativen, der Parteien der englischen Großindustriellen und Junker findet. Daß Crispien und mit ihm sein Parteiblättchen sich dieses hohlen Argumentes gegen die Ausführungen der Genossin Ruth Fischer bedient, beweist, wie lächerlich die Angriffe der SPD. gegen die Politik der KPD. sind.

Mögen sie noch recht oft solche „Erfolge" erringen. **Dann wird der Tag nicht mehr fern sein, wo der Referent und Versammlungsleiter allein mit dem Schupokordon im Saale anwesend sein werden, wenn die große SPD. zu einer „Massenkundgebung" aufruft.**

Die „Reinigung" geht weiter

Unter dieser Ueberschrift berichtet das hiesige Volksblättchen, daß die KPD. in Pirna einige Parteischädlinge an die Luft gesetzt habe. Wir verstehen recht gut, daß die politische Bankrotte SPD. sich derartiger Subjekte annimmt. Gleiche Seelen finden sich ....

Mit anderen Meinungen ist's Blättchen allerdings bescheidener. Es berichtet unter „Aus der Partei" an verstohlener Stelle folgendes:

„Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben: Der Stadtverordnete Georg Ziaja in Gleiwitz ist durch Beschluß des Parteivorstandes — auf Grund des § 28 Abs. 5 des Organisationsstatuts — mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen worden. Ziaja hat in dem von ihm herausgegebenen „Radikal-Sozialist" in Von ihm verfaßten Artikel die Partei nach kommunistischem Muster beschimpft, in Oberschlesien eine parteischädigende Wühlarbeit betrieben und das Amt eines angestellten Sekretärs der Zäh. übernommen. Der ihm gesinnungsverwandte Baron in Gleiwitz, der als Verleger des „Radikal-Sozialist" fungiert und der mit gleichen Mitteln gegen die Partei arbeitet wie Ziaja, ist seinem sofortigen Ausschluß durch die Partei zuvorgekommen."

Das „Volksblatt" und der edle SPD.-Vorstand verschweigen, was der „Klassenkampf" schon berichtete, daß mit den beiden Obengenannten

18 Ortsgruppen der SPD. Oberschlesien zur KPD. übergetreten

sind. Man sieht, die „Reinigung" geht wirklich weiter, nämlich die der SPD. von den ehrlichen proletarischen Elementen. Oder was meint das „Volksblatt" dazu?

Aus Nahrungssorgen erhängt!

Der Polizeibericht bringt folgende kurze Notiz:

In der Nacht zum 1. September erhängte sich ein Mann in seiner Wohnung (Saalwerderstraße) in Abwesenheit seiner Ehefrau. Nahrungssorgen und Familienzwistigkeiten sind die Ursache zur Tat.

Die Selbstmorde infolge Not und Elend häufen sich unheimlich. Die kommenden Monate werden neues und noch größeres Elend bringen infolge des Londoner Pakts. Die Auswanderung nach dem Friedhof wird jetzt massenweise einsetzen, wenn nicht die Arbeiterschaft den entsetzlichen Zuständen ein schleuniges Ende bereitet. Das kann geschehen durch **Sturz des jetzigen Systems.**

Achtung, Bauarbeiter!

Vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bezirksverein Halle, wird mitgeteilt:

Laut Beschluß der letzten Streikversammlung bringen wir alle diejenigen zur allgemeinen Kenntnis, welche von Anfang des Streikes an den kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen sind. Diese Kollegen haben sich außerhalb der Organisation gestellt und gelten als aus der Organisation ausgeschlossen: Edmund Kriesick, Maurer, Nietleben; Friedrich Schopp, Arbeiter, Nietleben; Karl Huske, Maurer, Lochau; Hermann Doering, Arbeiter, Neukirchen; Hermann Pretsch, Maurer, Döllnitz; Hermann Konniger, Arbeiter, Döllnitz; Otto Chemnitz, Maurer, Ammendorf; Hermann Blauel, Arbeiter, Ammendorf; Hermann Wiegand senior und junior, Maurer, Collenbey; Franz Körner, Maurer, Döllnitz; Fritz Schäfer, Arbeiter, Ammendorf; Willi Brandt, Maurer, Ammendorf; Franz Vogel junior, Maurer, Ammendorf; Otto Becker, Maurer, Leicha; Wilhelm Hammer, Maurer, Rehlitz; Wilhelm Friedrich, Maurer, Rehlitz; Otto Deparade, Arbeiter, Lettin; Karl Höhndorf, Arbeiter, Lettin; Karl Naumann, Maurer, Lettin; Polier Hilbrecht, Nietleben, Baustelle Hensel; Gustav Schach, Arbeiter, Dölau; Emil Damm, Arbeiter, Dölau; Otto Gründler, Maurer, Dölau; Oswald Zörner, Maurer, Dölau; Alwin Schlegelmilch, Maurer, Schiepzig; Karl Bausfeld, Maurer, Döllnitz.

Alle Kollegen auf den Baustellen werden ersucht, sich diese Namen ins Gedächtnis zu prägen und diese Bekanntmachung auf den Baustellen auszuhängen.

Theater und Konzerte

Erstaufführung Othello, Oper von Verdi.

Mit dem Othello-Motiv, dem Verbrechen aus Eifersucht, haben sich eine Reihe von Klassikern der Dichtung und Musik befaßt. Verständlich, bietet es doch mit seinem kleinbürgerlichen Milieu voller Schwachheit und Intrigen eine Handlung, die sehr wirksam für dramatische Darstellung ist.

Und doch schlummert in der Tiefe der Othello-Tragödie etwas mehr. Wer ist Othello? Der Mohr, der sich durch seine Taten in der Gesellschaft Achtung erworben hat. Aber doch immer der Mensch, der aus der Tiefe kommt, an dem, eingestanden oder nicht, für die anderen ein Makel haftet. Und dieser reife, tüchtige, selbstsichere Mann wird nur deshalb von der vermeintlichen Untreue seines Weibes, der zarten Desdemona, aus seiner Bahn gerissen, zum Verbrechen getrieben, weil dieser ihm vorgespiegelte Verrat ihm eine Folge seiner „Halbwertigkeit" zu sein scheint.

Das ist die Tragödie des Othello, des unglücklichen Mohren, daß er bei all seinem wunderbaren Gleichmut doch immer um seine Achtung bei den anderen, den „oben" Geborenen, bangt.

Verdi, der Schöpfer der Musik der italienischen Freiheitskämpfe, ist der Komponist der Oper Othello. Eines seiner reifsten Werke, das sich weit über die manchmal etwas triviale Musik des Troubadour und Rigoletto erhebt. Othello erhebt sich zur Höhe eines geläuterten musikalischen Stils.

Die Aufführung im Stadttheater war eine gute. Den Othello sang der Kammersänger Dr. Oskar Bolz. Die anfängliche Unsicherheit überwand er zuiebends. Sein Spiel überzeugte zeitweise seine Stimme. Obwohl er auch die hohen Stimmlagen beherrschte. Kerzmann gab einen trefflichen Jago, Hilde Boß-Andrs die Desdemona. Der Chor war rein. Das Zusammenspiel zeigte harmonische Sicherheit. Ein guter Anfang!

---

* **Tannenberg-Feier in der „Saalschlößbrauerei".** Wie alljährlich, so feierte auch in diesem Jahre der Stahlhelm eine „Tannenberg-Feier". Man muß es den Deutschnationalen lassen, sie verstehen es, mit solchem Jahrmarktsrummel die Jugendlichen anzulocken, um sie in ihrem Sinne zu beeinflussen. Im Garten war von nachmittags 4 Uhr großes Stahlhelmkonzert des Orchesters Seifert. Man berauschte sich förmlich an dieser „treudeutschen" Musik. Die Begrüßungsrede hielt der Hauptmann Jüttner. Er forderte die Erschienenen auf, ihren Treueid, den sie geleistet haben, zu halten und auszuharren im Kampfe gegen die jüdische Regierung. Dann betrat Oberstleutnant Duesterberg die Bühne und begann seine Festrede, die oft mit „Heil"-Rufen unterbrochen wurde. Für seine tapferen Ausführungen hatten ihm seine Mitläufer einen großen Blumenkranz gestiftet. Zum Schluß sprach noch „so ein Etappenhengst", wie sich ein anwesender Stahlhelmer äußerte. „Solche Leute schädigen nur den Stahlhelm", hörte man verschiedene

---

Junge Arbeiter! **Junge Arbeiterinnen!**

Heraus zur

Oeffentl. Jugendversammlung

am Freitag, dem 5. September, abends 8 Uhr, im „Volkspark".

Thema:

Das Arbeitsdienstpflichtjahr
Der 10. Internationale Jugendtag

Jungproletarier, erscheint in Massen!

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240903-15/fragment/page=0005

Klempnerladeninhaber sprechen. Schließlich hatte der Himmel ein Einsehen und öffnete seine Schleußen, um dem „Theater“ ein Ende zu machen. Noch ein paar Worte über die **Arbeiter**, die sich hatten verleiten lassen, dort zu erscheinen. Ob diese Leute denn jetzt noch nicht merken, wohin die Fahrt geht, daß sie nur als Kanonenfutter bewertet werden und als solches auch bei der Feier überhaupt nicht beachtet wurden?

* **Kommunistische Jugend.** Heute, Mittwoch, und morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr im „Volkspark“ **Sprechchorprobe.**

* **Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.** Heute abend findet im **Gewerkschaftshause** eine außerordentliche **Mitgliederversammlung** statt. Tagesordnung: 1. Eingänge. 2. Sachverständigengutachten und Sozialpolitik. 3. Stiftungsfest. 4. Verschiedenes. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Sachverständigengutachten und Sozialpolitik“ spricht als Referentin Frau **Krüger** (Halle), Mitglied des Reichstages. Die Auswirkungen des Dawes-Planes zwingen die Mitglieder unserer Organisation, Stellung zu nehmen gegen den Schandvertrag, der eine weitere Verschlechterung unserer Renten und einen weiteren Abbau der sozialen Fürsorge bringt.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, „Othello“, Oper von G. Verdi. Die Titelpartie singt a. G. i. V. Karl Jahn. Donnerstag zum ersten Male „Emilia Galotti“. Freitag 7½ Uhr erste Wiederholung von Lortzings „Undine“. Sonnabend „Emilia Galotti“. Sonntag „Othello“. — Als nächste Aufführung im Schauspiel ist „Die Fahrt nach Orplid“, ein Auswandererdrama von Schmidtbonn, in Vorbereitung. Vorbereitung in der Oper „Tristan und Isolde“.

Ammendorf. Der bei der Firma „Habämfa“ (Hallesche Bäckereimaschinenfabrik) ausgebrochene Streik ist wieder beigelegt.

Aus der Provinz

An unsere Berichterstatter!

In letzter Zeit sind aus den verschiedensten Gründen eine Anzahl Berichte nicht erschienen resp. mußten dieselben zurückgestellt werden. Wir werden versuchen, künftig allen Wünschen gerecht zu werden. Damit unsere Genossen stets im Bilde sind, ob die Berichte eingegangen sind, ob diese aufgenommen oder nicht veröffentlicht werden können, werden wir jeden Tag im **„Briefkasten“** Nachricht darüber geben. Damit erledigen sich auch besondere Rückfragen. Wir glauben, mit dieser Einrichtung im Sinne unserer Genossen zu handeln.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die Berichte **kurz** gehalten sein müssen und **nicht** mit Tintenstift oder Blei geschrieben sein dürfen. Vielfach fehlt die Unterschrift des Ortsgruppenvorsitzenden oder der Parteistempel. Wenn dann auch die Adresse des Einsenders unvollständig ist oder die Berichte überhaupt nicht unterzeichnet sind, kann eine Ausnahme nicht erfolgen. Es muß auch wahrheitsgemäß berichtet werden; bei besonderen Notizen, die Anklagen im Gefolge haben können, muß das betreffende Material mit eingesandt, Zeugen benannt und angegeben werden, was diese aussagen können. Wird das alles beachtet, dann wird mancher Aerger und Verdruß gespart. Der Staatsanwalt verfolgt den „Klassenkampf“ sehr genau, so daß wir und auch unsere Berichterstatter sehr vorsichtig sein müssen. Nach wie vor wird größter Wert gelegt auf Berichte aus den **Betrieben** und **Gewerkschaften.**

Wir bitten, das zu beachten. **Die Redaktion.**

Schweres Autounglück bei Gräfenhainichen

Ein Auto mit einem Messezug zusammengestoßen
2 Tote, 1 Schwerverletzter

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Auto und dem Leipziger Messezug ereignete sich gestern abend in der Nähe von Gräfenhainichen. Ein mit drei Personen besetztes Auto wollte die Bahnstrecke kreuzen und fuhr gegen den Postwagen des in voller Fahrt befindlichen Zuges. Das Auto wurde völlig zertrümmert. Zwei Insassen waren sofort tot. Der dritte mußte schwer verletzt ins Wittenberger Krankenhaus übergeführt werden.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Stadtverordnetenfraktion u. Parteivorstand! Freitag, den 5. August, abends Punkt 8 Uhr, Funkenburg: Sitzung. Erscheinen eines jeden ist unbedingt erforderlich.

Clobigkau. Zeitungsträger gesucht! Für Clobigkau bei Mücheln wird sofort ein Träger gesucht. Meldungen an den Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Ermlitz. Auf den Gimpelfang begab sich die SPD. in unserem Orte in einer öffentlichen Versammlung, und zwar wollte „Landrat“ **Undeutsch** die „Vorzüge des Londoner Abkommens“ den Landarbeitern bekanntgeben. Einen **Landrat Undeutsch** gibt es bis heute noch nicht! Nachdem in der Diskussion nur zehn Minuten Redezeit gewährt wurde, forderten einige Genossen auf, auch zu erscheinen, wenn in kommender Woche die **KPD.** zur Volksversammlung aufruft. Letztere fand am Sonnabend statt und Genosse **Hestermann** referierte über: **London oder Moskau?** In treffenden Worten kennzeichnete er den Weg, der das Proletariat in die Versklavung führt, und welche Rolle dabei die SPD. spielte. Eingehend schilderte er, welche Bedeutung Sowjet-Rußland für das Weltproletariat, insbesondere für das deutsche hat. Nachdem die KJ. Schkeuditz vor Eröffnung der Versammlung einige Kampflieder vorgetragen hatte, wurde auch dem Schluß der Versammlung die nötige Weihe verliehen durch gemeinschaftliches Absingen der Internationale. Der Ueberschuß einer Tellersammlung wurde der **Roten Hilfe** überwiesen.

Lützen. Der **Magistrat** macht folgendes bekannt: Zur Ermittelung und Befriedigung der Bedürfnisse nach **Kleingärten** wollen sich diejenigen bis zum 20. September in der Stadtschreiberei melden, welche einen Kleingarten haben wollen.

Lützen. Sittlichkeitsverbrechen. Am Sonnabend ist der Buchbinder **Mank** von hier in das hiesige Amtsgericht eingeliefert worden. Dieser saubere Mann soll sich **an schulpflichtigen Kindern sittlich vergangen haben.** Unser Lützener „Volksbote“, der sonst alle Neuigkeiten bringt, schweigt sich bis jetzt über dieses Vergehen dieses Herrn aus. Ob man auch so zurückhaltend sein würde, wenn er ein Arbeiter wäre?

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Volksbühne. Eröffnungsvorstellung am Freitag dieser Woche für Gruppe C mit Schillers „Don Carlos“, wozu Karten (Preis 0,80 Mark) und „Blätter“ (Heft 1, mit Theaterzettel) tags zuvor in der Stadtbücherei (Rosalskyweg) von 12¼ bis 3 Uhr abgeholt werden. Kartenausgabe für B am Montag, E am Mittwoch nächster Woche zur gleichen Zeit.

Naumburg. An der Gasvergiftung, über die wir bereits berichtet haben, sind nun auch die beiden letzten Opfer am Montag, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, im Krankenhaus **verstorben.** Mithin hat dieser Unglücksfall **drei Menschenleben** gefordert. Genosse Otto Schwabe ist 40 Jahre, Frau Schwabe 28 Jahre, der Bruder des ersteren 16 Jahre alt. Genosse Otto Schwabe wurde am Montagnachmittag 5 Uhr unter großer Beteiligung der Bevölkerung **beerdigt.** Der Volkschor und die Parteigenossen waren stark vertreten. Ersterer sang ein Trauerlied, letztere legten einen großen Kranz mit roter Schleife und Widmung am Grabe nieder. Auf einen Uebelstand möchten wir hinweisen, welcher unbedingt geändert werden muß. Als der Volkschor auf der Empore sich zum Singen aufstellen wollte, war es unmöglich, sich zu gruppieren, da zu viel Publikum sich auf derselben befand. Daß der

Die „bankrotte“ Mansfeld A.-G.

läßt die Proleten

12 Stunden schuften,

zahlt

Hungerlöhne von 8—12 Mk. wöchentlich,

wirft

Tausende von Arbeitern auf die Straße,

erhält aus den Taschen hungernder Proleten

1½ Millionen Reichskredite,

stellt

Hunderte völkischer Agitatoren ein,

finanziert

nationalistische Geheimbünde!

Große Massenversammlung

in Eisleben am Sonnabend, dem 6. September,

abends 8 Uhr im „Volkshaus“.

Referent: Reichstagsabgeordneter Max Lademann.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Holt Euch Aufklärung!

KPD., Mansfeld.

Gesang darunter leiden muß, ist eine Selbstverständlichkeit, zumal nicht einmal Platz für den Dirigenten vorhanden war. Ein weiterer Uebelstand war, daß, als unsere Genossen nach dem Gesang die Kapelle verlassen wollten, um den Senf des Pfaffen nicht anzuhören, diese **verschlossen** war und dadurch unsere Genossen, gegen ihren Willen, gezwungen waren, diesen Senf anzuhören. Wir verlangen, daß in Zukunft bei derartigen Anlässen diese Uebelstände beseitigt werden.

Hohenmölsen. Generalversammlung des Konsumvereins Hohenmölsen-Teuchern. Der Geschäftsbericht wurde von dem Geschäftsführer Schmidt (SPD.) erstattet, ebenso der Bericht von den genossenschaftlichen Tagungen in Altenburg und Ulm. Unsere Genossen **Brauer** und **Schlag** beteiligten sich an der Diskussion und rückten in den Vordergrund, daß bei den kommenden Kämpfen die Konsumgenossenschaften unbedingt als Klassenkampfmittel in die Arbeiterbewegung eingereiht werden müssen. Bei der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern machte der Vorsitzende bekannt, daß sich in letzter Zeit eine Anzahl Mitglieder angemeldet hätten (nach Berichten des Holzbergblättle „Oppositionelle“), welchen ein Stimmrecht **nicht** eingeräumt werden könnte. Glaubt der Vorsitzende seinen Kontrolleurposten gefährdet? Für uns Kommunisten bedeutet die Wahl auch ohne Mandat einen Erfolg; wir haben gezeigt, daß wir noch da sind und uns sehr gut sehen lassen können. Wir kommen wieder! Im Geschäftlichen wurde von unseren Genossen die Mankofrage noch einmal scharf unter die Lupe genommen. Eine Anfrage bestätigte erneut ein beträchtliches Manko in Naundorf und Teuchern. Die Versammlung wurde von uns vollkommen beherrscht. — Wir machen unsere Genossen darauf aufmerksam, sich restlos in die Genossenschaft zu melden. Verlangt in den Verkaufsstellen die Genossenschaftszeitung, unabhängiges Diskussionsblatt. Dies ist eine Zeitschrift, welche von der Opposition herausgegeben wird. Genossen, kauft im Konsumverein!

Crossen. Leichenfund. Am sogenannten Schöbgens-Graben fanden Pilzsucher eine fast in Verwesung übergegangene **männliche Leiche** in sitzender Lage. Nach den Ermittelungen handelt es sich um einen älteren Mann aus Osterfeld, welcher dort seit Juni vermißt wird. Die Leiche wurde an Ort und Stelle begraben.

Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Sitzung des Kartellvorstandes. Freitag, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“ Kartellvorstandssitzung. Das Erscheinen aller ist Pflicht!

Eisleben. Frauenabend. Freitag, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“ Frauenabend der KPD. Das Erscheinen aller Genossinnen ist Pflicht. Sympathisierende können eingeführt werden.

Gerbstedt. Achtung, Parteigenossen! Der Genosse O. Rosenberg hat das Austragen der Zeitungen sowie den Vertrieb der Broschüren usw. übernommen.

Kelbra. Falsche Erziehungsmethoden. Am Freitag wurde in der hiesigen Volksschule wieder einmal nationalistische Propaganda gemacht. Ein ehemaliger Kriegsteilnehmer und Fremdenlegionär hielt einen Vortrag über seine Erlebnisse. Auf der Brust trug er stolz den Stahlhelm und das schwarzweißrote Band. Seine ganzen Ausführungen gipfelten in einer wüsten Franzosenhetze. Es ist erfreulich, daß eine ganze Anzahl Kinder sich weigerte, die verlangten 10 Pfennige zu zahlen und teilweise nach Hause gingen. Wir fragen Herrn Rektor Rasehorn, wer die Herbeizitierung dieses nationalistischen Hetzapostels auf dem Gewissen hat. Wir haben nichts dagegen, wenn unsere Schuljugend über die Schrecken des Krieges und der Fremdenlegion aufgeklärt werden, aber nicht **auf die Art und Weise, wie es dieser Stahlhelmer getan hat.**

Bitterfeld-Delitzsch

Parteinotiz!

Donnerstag, den 4. September, abends 8 Uhr, findet in **Bitterfeld** (Restaurant „Bürgergarten“) eine Sitzung der Kreisleitung sowie aller Referenten des Kreises Bitterfeld statt. Unentschuldigt Fernbleibende werden zur Rechenschaft gezogen.

Die Kreisleitung.

Torgau-Liebenwerda

Arbeiterentlassungen auf den Bubiag-Werken

Mückenberg, 1. September.

Auf den Bubiag-Werken sind am letzten Freitag neuerdings 30 Arbeiter entlassen worden. Die Werksdirektion geht systematisch vor, um eine höchstmögliche Ausbeutung der Belegschaft zu erreichen. Es liegt an der Arbeiterschaft, die Absicht des Aushungerns der Arbeiterklasse zuschanden zu machen.

Große öffentliche Volksversammlungen

mit der Tagesordnung:

London oder Moskau?

finden statt in:

Annaburg: Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.

Zeitz: Freitag, 5. September, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.

In allen Versammlungen spricht der

Reichstagsabgeordnete Genosse Wilh. Koenen.

Naumburg: Freitag, 5. September, abends 8 Uhr, im „Ratskeller“. **Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Max Lademann.**

Arbeiter, Angestellte, Beamte, erscheint in Massen!

Lauchhammer. Schon wieder ein Stahlhelmer mit langen Fingern! In der Kantine der Ueberlandzentrale wurde seit längerem schon bemerkt, daß ein „stiller Teilhaber“ vorhanden sein muß. Jetzt hat man den Mann ertappt, wie er mit einem Nachschlüssel sich Eingang zur Kantine verschaffte. Der **Stahlhelmerich,** Magazinverwalter **Helwig,** hat seit langem die Ladenkasse und den Warenbestand erleichtern helfen. Am selben Tage wurde er noch fortgejagt, um bei der A.-G. Lauchhammer wieder unterzukriechen. Dieser Schmarotzer wurde seinerzeit von dem Fliegerleutnant Lumpensammler nach hier eingeschleppt, jetzt scheint der Mensch schon soweit in den „Sumpf“ eingeweiht zu sein, daß man ihn nicht fortjagen kann. Kollegen, erkennt doch endlich diese korrupte Gesellschaft und jagt sie zum Teufel!

Grünewalde. Rote Frontkämpfer-Versammlung. Freitag, den 5. September, abend 8½ Uhr findet im Gasthof Schmidt die **Gründungsversammlung des „Roten Frontkämpfer-Bundes“** statt. Alle Arbeiter müssen erscheinen.

Bockwitz. „Bockwitzer See“. Der von der Gemeinde angekaufte Kuhl-See, der zu einem **Gemeindebad** ausgebaut werden soll, hat den Namen „Bockwitzer See“ erhalten.

Stolzenhain. „Rote Hilfe“. In Reichenhain wurde bei einer Veranstaltung des Arbeiter-Geselligkeitsvereins auch der Opfer des Klassenkampfes gedacht. Eine vorgenommene Sammlung ergab die Summe von 15 Mark, die an die Bezirksleitung der „Roten Hilfe“ abgeliefert wurden. Genossen, macht es nach!

Aus der Jugendbewegung

Warnung an alle Ortsgruppen der KJD.

Otto Asche, Mitgliedsnummer 25 463, Funktionärkarte Nr. 274, zuletzt wohnhaft in **Böllberg,** ist mit dem heutigen Tage aus der KJD. wegen Unterschlagung und organisationsschädlichem Verhalten ausgeschlossen. KJ.

Könnern. Oeffentliche Jugendversammlung. Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr findet eine öffentliche Jugendversammlung statt mit dem Thema: „Arbeitsdienstpflichtjahr und die Stellung der KJ. dazu“. Die gesamte Einwohnerschaft, vor allem die arbeitende Jugend, ist dau eingeladen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Ortsgruppe Mücheln. Am Mittwoch, dem 3. September, abends 8 Uhr, findet in **Mücheln** (Gewerkschaft) unsere Ortsgruppenveranstaltung statt. Thema: Der Internationale Jugendtag. Wir erwarten, daß ein jeder Genosse pünktlich erscheint.

Kommunistische Kindergruppe Mücheln. Am Donnerstag, dem 4. September, treffen sich alle Kinder in Neu-Binendorf zum Unterhaltungs- und Spielabend. Arbeitereltern und Parteigenossen, schickt Eure Kinder zu den Veranstaltungen der **Kommunistischen Kindergruppe.**

An die Mitglieder der prol. Jugendorganisationen!

Am Sonntag, dem 7. September, findet der **diesjährige Internationale Jugendtag statt.** Zum zehnten Male jährt sich der Tag, da Karl Liebknecht mit seinen wenigen Getreuen gegen den Krieg demonstrierte. Die Kriegsgefahr ist heute näher denn je. Unser Jugendtag muß den Geist Karl Liebknechts: **Krieg dem Kriege!** atmen. Das Sachverständigengutachten, welches nun endgültig vom Reichstage angenommen worden ist, trägt den Keimstoff zu neuen Kriegen in sich. Gegen dieses Sachverständigengutachten **gilt es zu demonstrieren.** Weiter gilt dem **Arbeitsdienstpflichtgesetz** unser Kampf. Jeder Jungarbeiter muß zu diesem Tage erscheinen. **Der Jugendtag für den Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz findet in Theißen statt.** Abfahrt früh 7.10 Uhr von Weißenfels. Alle, die am Jugendtag teilnehmen, treffen sich **Freitag** den 5. September, ½8 Uhr am Jugendheim. Fahrpreis 80 Pf., muß daselbst abgeliefert werden. Erscheint in Massen!

Komm. Jugend, Ortsgruppe Weißenfels.

Kommunistische Kindergruppe, Weißenfels. Alle Kinder, die Sonntag, den 7. September, mit nach Theißen zum Internationalen Jugend- und Kindergruppentag machen, treffen sich Freitag, abends um ½7 Uhr, am Stadtgarten. Fahrgeld mitbringen. Es beträgt 80 Pfennig. Genossen und Genossinnen, seht zu, daß Ihr alle mitmachen könnt. Bringt auch andere Kinder mit!

Komm. Jugend im Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Zum **Jugendtag in Mühlberg:** Die Radfahrer vom **Distrikt Bockwitz** treffen sich Punkt 6 Uhr in Mückenberg am Bahnübergang. Abfahrt mit der Bahn 5.03 ab Mückenberg. Die Radfahrer vom **Distrikt Elsterwerda** treffen sich Punkt 7 Uhr am „Gesellschaftshaus“, dann gemeinsam mit dem Distrikt Bockwitz nach Mühlberg. Abfahrt mit der Bahn vom Distrikt Elsterwerda 5.27 Uhr. Distrikt Torgau wie vereinbart. Alles auf am Sonntag nach Mühlberg! **Die Unterbezirksleitung.**

Arbeiter-Sport

Schiedsrichter-Vereinigung für Turnspiele, 2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe

Den einzelnen Vereinen zur Nachricht, daß sämtliche Schiedsrichter für Handball von der Vereinigung anzufordern sind. Zuschriften an A. Mosebach, Halle, Freiimfelder Straße 8. — Donnerstag, den 4. September, ½8 Uhr, Sitzung in der Torstraße, „Zur Blume“. „Naturfreunde“ und Fußballvereine mit Handballmannschaften sind besonders eingeladen. **Der Obmann.**

Schach-Lehrkursus. Der Arbeiter-Schachklub Halle richtet, um das Schachspiel in allen Arbeiterkreisen noch mehr einzuführen und zu fördern, einen Schach-Lehrkursus für Anfänger und Fortgeschrittene ein. In Aussicht genommen sind Lehrgänge in Partien-Schach, Problem-Schach, Eröffnungen und Endspiele. Teilnahmeberechtigt und eingeladen zu diesen Lehrgängen sind sämtliche Arbeiter, Frauen und Kinder, soweit sie proletarischen Kreisen angehören und auf dem Boden des modernen Klassenkampfes stehen. Meldungen zur Teilnahme und 1. Uebungsabend sind für Süden am Mittwoch, 3. September, im Vereinslokal „Drei Könige“, Gr. Klausstraße, abends 7½ Uhr, für Norden am Sonnabend, dem 6. September, im „Volkspark“, abends 7½ Uhr.

„Naturfreunde.“ Die Mitgliederversammlung des TVB. „Naturfreunde“ findet **Mittwoch, den 3. September,** ½8 Uhr abends, in der „Produktiv-Genossenschaft“ statt. Das Erscheinen wird allen Mitgliedern zur Pflicht gemacht.

Turn- und Sportverein Fichte, Halle (Handball). Donnerstag, den 4. September, Auswahlspiel der 1. und 2. Mannschaft. Dazu Sportgenosse Werge. Nichterscheinen wird geahndet.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Diemitz. Sonntag weilte der Verein zum Sportfeste in Hohenthurm und konnte bei den leichtathletischen Wettkämpfen die 4×100-Meter-Stafette überlegen gewinnen. Turnabteilung: Dienstag Faustball, Donnerstag Trommelball (Turnerinnen), Leichtathletik Mittwoch abend, Fußballabteilung Donnerstag abend Training. Monats-Mitgliederversammlung Donnerstag abend 8 Uhr im „Gesellschaftshaus“. Vorstandssitzung Mittwoch abend.

Rüstig Vorwärts Bruckdorf. Bruckdorf weilte zum Serienspiel gegen Wacker in Eisleben. Eisleben ist keineswegs ein zu unterschätzender Gegner. Bruckdorf mit zwei Mann Ersatz fand sich mit dem Grasboden und verhältnismäßig kleinem Platz zuerst nicht zusammen. Erst als das Spiel eine ernste Wendung nahm, ging Bruckdorf in kraftvollen Endspurt über und sicherte sich durch einen 5 : 2-Sieg und Punkte. Der Eislebener Torwart hatte einen Glanztag, er rettete mit vielem Geschick fast totsichere Sachen. Ein Eigentor brachte Eisleben den ersten Erfolg. Das 2. Tor kommt auf Konto der Bruckdorfer Hintermannschaft. RVB. 2. gegen Teicha 1. 2 : 5. Das Spiel wurde kurz vor Schluß mit unnötiger Schärfe ausgetragen, so daß ein Bruckdorfer Spieler eine nicht unerhebliche Verletzung davontrug. RVB. 3. gegen Lettin 3. 0 : 0. Spiele für nächsten Sonntag sind im Vereinsheim ersichtlich.

Briefkasten

An unsere Berichterstatter in **Zeitz, Crossen, Brehna, Merseburg, Heiligenthal, Weißenfels, Delitzsch, Edersleben, Teuchern, Höhnstedt, Leihling, Siedten, Greppin, Niemegk, Mücheln, Naumburg, Rothenschirmbach, Mansfeld, Rasberg:** Berichte kommen zum Abdruck. — **Unternessa.** Ein Bericht über eine Veranstaltung der Schützen, die vier Wochen zurückliegt, kann nicht mehr veröffentlicht werden. — **Merzdorf.** Es können aus Platzmangel nur wesentlichere Notizen veröffentlicht werden. Die Notiz über den Selbstmord kam zu spät; wir hatten diese schon aus der Tagespresse entnommen. — **Zeitz, Nietleben, Lützen, Unterrißdorf, Steintahleben:** Berichte mußten heute zurückgestellt werden. — **Mehrere Sportberichte** mußten wegen Raummangel heute ebenfalls zurückgestellt werden.

Verantwortlich: Marianne Gundermann für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240903-15/fragment/page=0006
DFG

September 1924 / 5. Jahrgang

Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD. / Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, Pionier 17

Statt Kolonisierung Deutschlands — Sozialisierung der Wirtschaft.

Die Reichstagsfraktion der KPD. hat am 18. August den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes eingebracht. Dieser Antrag wird dem Sachverständigengutachten der imperialistischen Räuber als proletarisches Sachverständigengutachten gegenübergestellt. Statt der internationalen Auslieferung der Eisenbahnen wird die Sozialisierung des Verkehrswesens, statt der internationalen Bankkontrolle die Nationalisierung der Banken, statt der Auslieferung der Industrieanteile an das internationale Kapital die Sozialisierung der deutschen Industrie und statt der ausländischen Kommissarkontrolle die Kontrolle der Arbeiter über die Wirtschaft und Verwaltung verlangt.

Die Kapitalisten und ihre Lakaien aller Schattierungen sehen nur in der Annahme des Sachverständigengutachtens den Rettungsanker. Trotzdem von den Reformisten zum Teil erkannt und zugegeben wird, welche gewaltige weitere Verschlechterung der Lage der Arbeitermassen eintritt, die die Kosten des imperialistischen Raubplanes aufbringen müssen, wissen sie keine andere Lösung. Genau so geht es den Genossenschaftsbürokraten. Auch sie mußten auf ihren Revisionsverbandstagungen und dem Genossenschaftstag in Ulm auf die Auswirkungen des Sachverständigengutachtens hinweisen. Sie erkennen auch selber die netten Aussichten, die die Arbeitergenossenschaften bei der Durchführung des Räuberplanes noch haben und sehen, wie heute bereits unter den Vorboten des Sachverständigengutachtens sich die Lage der Genossenschaften katastrophal gestaltet hat. Denn weit über den Rahmen der kapitalistischen Unternehmungen hinaus sind die Arbeitergenossenschaften buchstäblich zerrüttet. Täglich werden schon die kleineren Konsumvereine von noch lebensfähigeren aufgesaugt, um ihren vollkommenen Zusammenbruch zu verhindern, und trotzdem sind bereits nicht wenige Vereine bankrott gegangen. Eine übrige, nicht unbedeutende Anzahl steht unter Geschäftsaufsicht, und gegenüber der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine in Hamburg soll nahezu die Hälfte aller Vereine kaum noch ihren Verpflichtungen nachkommen können. Es zeigt sich eben erneut, daß die Arbeitergenossenschaften nicht leben können, wenn die Arbeiterklasse verelendet und stirbt. Wenn auch die Genossenschaftsreformisten diese Tatsache noch immer umgehen und die notwendigen Konsequenzen nicht daraus ziehen wollen, durch den Gang der Ereignisse werden sie für blaues Wunder noch erleben. Die Genossenschaften sind sehr interessiert an einer proletarischen Lösung der Reparationsfrage. Sie sind sehr interessiert an der Sozialisierung der Wirtschaft. Denn dann erst wird der heute ständig fortschreitende Zerfall und Zusammenbruch der Konsumvereine aufgehalten werden können und eine neue Entwicklungsperiode beginnen. Die Genossenschaften werden ausgebaut und als wichtigste Wirtschaftsorgane in die zu errichtende sozialistische Bedarfswirtschaft eingegliedert. Deshalb sagt auch der Artikel 8 über die Genossenschaften:

„Die Produktiv- und Verteilungsgenossenschaften der Bauern und des städtischen Mittelstandes bleiben ebenso wie die Konsumgenossenschaften der Arbeiter und Beamten bestehen. Die Bezirkswirtschaftsräte und die Wirtschaftskommissare haben die Aufgabe, diese Genossenschaften energisch zu unterstützen und sie in ihrer Funktion als Produktions- und Verteilungsorgane zu fördern und weiter zu entwickeln."

Unter der Bedarfsdeckungswirtschaft wird für die Genossenschaften die Rolle ihrer Privilegierung durch den Arbeiterstaat beginnen. Die Förderung wird vor allem in der Gewährung von langfristigen, zinslosen und nur gering verzinsbaren Krediten bestehen. Für die Genossenschaften werden die Steuern beseitigt werden, und, wie der Entwurf des Sozialisierungsgesetzes unter Artikel 7 vorsieht, werden die Genossenschaften mit an dem Außenhandelsmonopol beteiligt.

An Stelle der heutigen Drangsalierung und Unterdrückung durch den kapitalistischen Staat, wo den Arbeitergenossenschaften keine Kredite wie den „notleidenden" Großagrariern und Industriekapitalisten gegeben werden, wo an Stelle der Stundung oder Erlassung der Steuern wie für die Agrarier und Industriellen, den Genossenschaften pünktlich vom Steuerfiskus die letzten Groschen aus den leeren Kassen getaubt werden, wird eine Förderung und Unterstützung treten, das für die Genossenschaften eine vollkommen neue Entwicklungsepoche beginnt. Die sieben Jahre der russischen Revolution beweisen es zur Genüge. Die Genossenschaften der übrigen Länder liegen heute ruiniert am Boden, und nur die durch den Arbeiter- und Bauernstaat geförderte russische Genossenschaftsbewegung hat sich gewaltig entwickelt, gestärkt und ist den Privatunternehmungen überlegen.

Für die Arbeitergenossenschaften ergibt sich auch die Notwendigkeit, alle Mittel einzusetzen, um die Durchführung des imperialistischen Räuberplanes mit der gesamten Arbeiterklasse zu verhindern und an einer proletarischen Lösung der Reparationsfrage zu arbeiten. An die Stelle der Unterwerfung unter die Diktate der Ententeimperialisten muß ein Bündnis mit der russischen Arbeiter- und Bauernmacht und dem Proletariat der Ententeländer treten, das die Durchführung des Räuberplanes verhindert. Voraussetzung für Sozialisierung der Wirtschaft ist die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Für die Genossenschaften bedeutet das Bruch mit der kapitalistischen Politik, Zerstörung des Bündnisses mit dem Kapital und Verbindung mit der klassenbewußten Arbeiterschaft.

In den jetzt überall stattfindenden Generalversammlungen, in den Aufsichtsräten, den Vertreterversammlungen und Verteilungsstellenversammlungen der Konsumvereine muß das proletarische Gutachten im Mittelpunkt stehen. Die kommunistischen Mitglieder in den Konsumvereinen müssen die Einberufung von Genossenschaftsversammlungen verlangen und durchsetzen und auch von sich aus selber Genossenschaftsversammlungen einberufen, wo zu der Frage Stellung genommen wird. Rücksichtslos gilt es die schädliche Politik der Genossenschaftsinstanzen zu entlarven und auch die Konsumvereinsmitglieder zu mobilisieren. Nur durch den von der KPD. gewiesenen Weg der Sozialisierung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die Eroberung der Herrschaft des Proletariats wird eine Rettung für die Arbeiterklasse und all ihrer Organisationen einschließlich der Arbeitergenossenschaften möglich sein.

Die Genossenschaftsinternationale in Gent.

Die internationale genossenschaftliche Frauenkonferenz und der 11. Weltkongreß der „Internationalen Genossenschaftsallianz" Anfang September in Gent haben Fragen zu behandeln, die für das klassenbewußte Proletariat von wesentlicher Bedeutung sind. Aus dem Verlauf des Kongresses wird sich ergeben, ob die Genossenschaftsbewegung fernerhin zu betrachten ist als ein proletarischer Faktor im Klassenkampf, oder wie bisher als ein Stützpunkt der Bourgeoisie bezw. der Sozialverräter. Beschließen diese Kongresse die alte Linie der „politischen Neutralität", die gleichbedeutend ist mit einer antiproletarischen Betätigung und schlimmem Arbeiterverrat, dann ist erneut das Alarmzeichen gegeben, daß wir kommunistischen Genossenschafter uns energischer und systematischer betätigen müssen mit unserer Zellenarbeit, um die Genossenschaftsbewegung zu einem Faktor für die kämpfenden proletarischen Massen zu machen.

Greifen wir nur drei Fragen heraus, die den Kongreß zu beschäftigen haben, die uns zeigen, von was für einer positiven oder negativen Bedeutung der Genter Kongreß ist.

Unterstützung des Klassenkampfes.

Die proletarischen Massen bewerten die Genossenschaftsarbeit heute nur noch nach dem, was sie direkt für ihren Klassenkampf leistet. Es gehört zur proletarischen Solidarität der Genossenschaften, daß sie tatkräftig die Opfer der Klassenjustiz, Militärdiktatur, des Weißen Terrors und Faschismus materiell unterstützen, der revolutionären Presse Mittel zuführen, und daß sie insbesondere materiell der arbeitslosen und ausgesperrten, streikenden und kämpfenden Arbeiterschaft solidarische Hilfe leisten. Für diese aktiven Unterstützungen sollen die Genossenschaften ständig bauernde Unterstützungsfonds schaffen. Derartige Fonds müssen von den Zentralverbänden im nationalen und von der Genossenschaftsallianz im internationalen Maßstabe eingerichtet werden. Bei Massenkämpfen der Arbeiterklasse sollen die Genossenschaften die aktive Unterstützung der Kämpfenden organisieren, indem die Genossenschaften direkte Lebensmittelunterstützungen (Kartoffel-, Brot-, Fettverteilung usw.) übernehmen; Kreditierung von Lebensmitteln; Auslieferung von kommunalen und anderen Unterstützungen durch den genossenschaftlichen Apparat; Einrichtung genossenschaftlicher Speisesälen, Wärmehallen usw.; Geld- und Warensammlung in den Konsumläden; genossenschaftliche Sammlungen von Landesprodukten auf dem Lande, deren Abfuhr, Verteilung mit dem Ziele der dauernden Anknüpfung geschäftlicher Beziehungen zu den Organisationen der werktätigen Landwirte; Unterbringung von Kindern außerhalb des Kampfgebietes.

Eine derartig proletarisch orientierte Genossenschaftsbewegung wird die aktive Unterstützung der Massen finden, während die reformistische Geschäftspielerei täglich mehr an Interesse seitens des klassenbewußten Proletariats verliert.

Revolutionäre Anti-Kriegspropaganda.

Die Genossenschaft ist der Friede, hören wir seit Jahrzehnten. Die Genossenschaft war aber in allen Ländern jetzt zehn Jahre lang bitterbösester Krieg. Heute noch feiert der Chauvinismus in ihnen hellste Triumphe, und trotzdem hält sich die Genossenschaftsinternationale für ein Bollwerk gegen die Kriegsgefahr und macht sehr gerne in Anti-Kriegspropaganda. Aber diese hohlen Friedensphrasen, die sie gemeinsam mit der 2. Internationale und den Amsterdamern auch jetzt noch, wo der Krieg wieder vor der Tür steht, drischt, sind kein Mittel zur Verhinderung neuer Kriege. Im Gegenteil, indem sie die breiten Massen der kriegsfeindlichen Arbeiter und Mittelschichten durch ihre verlogene Propaganda erneut täuschen, als ob der Kampf gegen den Krieg durch sie vorbereitet würde, helfen sie der chauvinistischen Bourgeoisie aller Länder, die Vorbereitungen neuer Kriege zu verschleiern. Demgegenüber muß die revolutionäre Anti-Kriegspropaganda vor allem diese Heuchelei der Opportunisten und dieser Sorte Pazifisten entlarven. Es muß den breiten Massen zum Bewußtsein gebracht werden, daß diese Redereien der Lakaien der Bourgeoisie: „man werde einen neuen Krieg mit der Proklamation des Generalstreiks beantworten", entweder Dummheit oder bewußte Irreführung der Massen sind. Eine Bourgeoisie, die sich zum Kriege vorbereitet, das heißt, die sich entschließt, ihre normale kapitalistische Politik mit militärischen Machtmitteln weiterzuführen, ist in der Regel bei Kriegsbeginn so stark, daß ein Generalstreik, proklamiert von Burgfriedensfreunden unmöglich ist. **Neue Kriege können nur verhindert werden durch rücksichtslosen Klassenkampf zur Niederwerfung der Bourgeoisie, der tagtäglich geführt werden muß, um die Vorbereitung neuer Kriege zu verhindern.**

Koalition mit der Amsterdamer und Moskauer Gewerkschaftsinternationale.

Die Exekutive der Allianz hat sich in den letzten Monaten enger an den Sozialreformismus der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale geklammert, um der kommunistischen Opposition besser standhalten zu können. Damit sind die Genossenschaften bereits total ins Schlepptau der 2. Internationale geraten. **Der Komintern-Kongreß hat in seiner Genossenschaftsresolution zu dieser Tatsache folgende Stellung genommen:**

„Um die Klassensolidarität der Genossenschaften zu gewährleisten, ist der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften immer enger herzustellen. Besonders notwendig ist die Verbindung mit den roten Gewerkschaftsorganisationen, und im internationalen Maßstabe, mit der RGI. (Profintern, Moskau). Diese Vereinigung ist um so notwendiger, als eine Koalition zwischen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und der internationalen Genossenschaftsallianz bereits hergestellt ist."

Auch der Profintern-Kongreß beschäftigte sich selbstverständlich mit mit dieser Frage:

„Statt Führerpakt internationale, proletarische Kampffront. Der im Dezember 1922 im Haag zustande gekommene Block der internationalen Genossenschaftsallianz mit dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund ist insofern ein Fortschritt, als hierdurch die „politische Neutralität" als unhaltbar aufgegeben ist. Die revolutionären Genossenschaftsmassen müssen nun durchsetzen, daß an Stelle dieses reformistischen Führerpaktes eine gemeinsame internationale Kampffront der klassenbewußten Genossenschafter und Gewerkschafter tritt, die sich auf die der Roten Gewerkschaftsinternationale (Moskau) angeschlossenen Millionen Gewerkschafter erstreckt, die ebenfalls in der Genossenschaftsbilanz organisiert sind."

Schon auf der Exekutive der Allianz im Februar 1923 haben die Vertreter der russischen Genossenschaften einen diesbezüglichen Antrag gestellt, der auf dem Zentralkomitee im März 1924 von den tschechoslowakischen und schweizerischen Genossenschaftern unterstützt wurde, und neuerdings auch von Poisson (Frankreich) befürwortet wird. Das ist ohne Zweifel die wichtigste Frage, die den Genter Kongreß zu beschäftigen hat, denn durch ihre Koalition mit den Amsterdamern, seit aus dem Dezember 1922 stammt, hat die Allianz nun auch formal das Prinzip der Neutralität fallen lassen und den ersten Schritt gemacht, die Genossenschaftsbewegung mit den übrigen Teilen der Arbeiterbewegung in Verbindung zu bringen und sie zu einem Stück Arbeiterbewegung zu machen.

Die klassenbewußten proletarischen Elemente werden unter den 500 Delegierten in Gent natürlich in der Minderheit sein. Es ist eine Bürokraten-Konferenz und die 40 Millionen Mitglieder stehen ohne demokratisches Mitbestimmungsrecht daneben. Aus Deutschland insbesondere, wo eine brutale Instanzendiktatur in Hamburg die Gesamtbewegung terrorisiert, die kategorisch auf dem Genossenschaftstag in Ulm der starken proletarischen Opposition das Mandat zu einer Minderheitsdelegation für Gent verweigert hat, die täglich vom Rauschmiß der Konsumvereine mit kommunistischer Verwaltung phantasieren und alle Kommunisten bereits als Exkommunizierte behandeln, werden überhaupt keine proletarischen Delegierten zum Weltkongreß gelangen. Man hat sogar großen Vereinen, wie Halle, Gotha, Weißenfels, Remscheid usw., die ihnen statutengemäß zustehenden Delegierten verweigert! Nun, es ist Sache der Arbeiter in den deutschen Konsumvereinen, endlich mit dieser Hamburger Clique einmal aufzuräumen, nachdem die breiten Massen erkannt haben, von was für einer verhängnisvollen Wirkung ihre Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit in der Genossenschaftspolitik ist.

Wie die „Demokratie" in der Genossenschaftsbewegung aussieht.

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit schwört die Instanzenclique der Genossenschaften, daß die „Demokratie" die Grundlage der Genossenschaftsbewegung und auch des Staates sein müsse. In der Praxis gab es in Wirklichkeit diese Demokratie noch nie, am allerwenigsten in der Genossenschaftsbewegung selber.

Nachdem die Instanzen die letzten Veranstaltungen der Internationalen Genossenschafts-Allianz nicht besuchten, um den Boden des „Erzfeinds" nicht zu betreten, mußten sie auf dem Genossenschaftstag in Ulm der Opposition der Kommunisten und übrigen Genossenschaftsleute die Konzession machen, daß sie jetzt wieder in die „Feindesländer" gehen. Deshalb beschlossen sie auch die Beschickung des 11. Weltkongresses der Genossenschaften in Gent. Der Zentralvorstand forderte die Konsumvereine, die der Delegation einen Delegierten beigeben wollen, auf, sich zu melden. Darauf haben eine Anzahl Konsumvereine, wo die Kommunisten die Leitung haben, sich nach Hamburg gewandt. Natürlich bekamen sie alle einen Absagebrief, der für den Konsumverein Suhl folgendermaßen aussieht:

„In Beantwortung Ihres gefl. Schreibens vom 31. Juli teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß die Delegation des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine eine einheitliche ist, und daß nur solche Personen von uns mit einem Mandat zum Internationalen Genossenschaftstag betraut werden, von denen wir bestimmt wissen, daß sie grundsätzlich den Standpunkt des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, insbesondere auch hinsichtlich der Neutralität und der Selbsthilfe anerkennen; andere können wir nicht mit einem Mandat betrauen.

Die Kosten des Besuchs des Internationalen Genossenschaftstags in Gent dürften ganz erhebliche sein, so daß auch große und größte Konsumvereine sich die größten Einschränkungen auferlegen und höchstens einen Delegierten zur Verfügung stellen. Selbst die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine stellt nur 6 Delegierte zur Verfügung.

Von einer kleinen Genossenschaft wie der Ihrigen, würde es in dieser Zeit der Depression und der Kapitalsschwierigkeiten geradezu unverantwortlich sein, die hohen Kosten einer Delegation nach Gent auf sich zu nehmen.

Mit genossenschaftlichem Gruß

Zentralverband Deutscher Konsumvereine.

Der Vorstand. gez. Heinr. Kaufmann."

Bedarf es noch anderer Beispiele für diese berüchtigte „Demokratie"?

Genossenschaftsliteratur.

„Die Genossenschaft im Klassenkampf". Informations-Bulletin der Kooperativ-Sektion der Komintern in Moskau. Erscheint monatlich und kann bei jeder Postanstalt abonniert werden.

„Lenin und die Genossenschaften"; große Ausgabe, deutsch, 90 S. 1,— M., große Ausgabe, französisch, 90 S. 1,— M., kleine Ausgabe deutsch, französisch, englisch 0,20 M.

Genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen. Grundsätzliche und praktische Probleme der Konsumvereinsbewegung von Karl Ertinger. Preis 0,30 M.

Genossenschaftsthesen der Kommunistischen Internationale. Preis 0,30 M.

Unsere Rußlandreise mit Bildern aus Sowjetrußland. Preis 0,30 M.

Die Opposition in den Genossenschaften. Preis 0,30 M.

Allrussischer Zentralverband der Konsumgenossenschaften (Zentrosojus), von Chintschuk, Vorsitzender des A. Z. d. K. im Rahmen der neuen Wirtschaftspolitik. 140 S. Preis 1,50 M.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken. 180 S. Preis 2,50 M.

Das neue Rußland. Zirka 200 S., broschiert 3,— M., gebunden 5,— M.

Allgemeiner Genossenschafts-Verlag G. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240903-15/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Prolet

Von R e.

Kennst du die Häuser, winklig und schief,
In der Städte düsterer Enge, —
Dort, wo die Straßen nur Schuttplätze sind,
Fern von dem Großstadtgedränge?
Wo Menschen rascher beginnen zu gehen,
Selbst Hunde nur winselnd an Häusern steh'n,
Wo Blumen und Sträucher gehen ein —
Weil Mauern versperren den Sonnenschein'
Wo nie der Frühling zu Hause ist.
Der selbst den Friedhof der Toten begrüßt!

Dort, Prolet — dort sperrt man die ein,
Die für dich kämpften, jahraus, jahrein,
Die deiner Kinder Hunger versteh'n
Und das Saufen und Prassen der anderen seh'n
Die an der „Ordnung des Staates" geschüttelt,
Die die Müden wieder wachgerüttelt.
Die die Verbrecher wirklich Verbrecher nennen,
Und den Ausnahmezustand nicht anerkennen.
Die selbst ihr Leben zurückgestellt,
Damit du bekommst eine bessere Welt.

All diese, Prolet — sie leiden jetzt Not,
Für dich, hinter Mauern bei lebendigem Tod!
Bedenke, wenn ihr Platz dein Wohnort sei.
Auch dich quält der Hunger, doch noch bist du frei!

Bilder von heute

Von E e.

Wie lange noch?

In D r e s d e n. Ich schlendere über den Platz vor dem Hauptbahnhof. Helle Sonne, helle Kleider, Autos und vornehmes Publikum.

Mitten auf dem Platz einige zerlumpte und verdungerte Proletarierkinder. Sie laufen beständig hinter elegant gekleideten Damen her. Selten bekommen sie ein paar Pfennige. Brennende Gier läßt sie, mitleinander konkurrierend, sich herandrängen. Manchmal hüpfen sie auch im Kreise, wieder versöhnt und voll Freude, einen Augenblick kindlichen Spielen hingegeben. Dann wieder bettelndes Herandrängen.

An die weißlackierte Estrade eines vornehmen Cafés drängt ein Kind. Es bittet einen sehr elegant gekleideten Herrn um eine Gabe. Der sitzt starr an einem Tischchen, würdigt das viele Minuten bittende Kind keines Blickes. Hört ungerührt das kindliche Bitten, das an seinem Ohr vorbeikreicht. Der Kellner bringt Schlagsahne, Torte, Mokka und stellt alles auf sein Tischchen.

An einem Nebentisch neigt sich ein fett geschmeidiger Schieber zu einer Dame: „...verkehre nur mit anständigen Damen ... prinzipiell ..." Am nächsten Tisch sitzt eine „anständige Dame", mit der er wenige Minuten zuvor einen „lustigen Abend" vereinbart hat. An der Ecke wartet das Auto.

Sie fressen. Huren. Die Proletarierkinder betteln und verrecken an allen möglichen „Krankheiten" ... Die Arbeitslosenziffern steigen, steigen ...

Die Großstadt wächst in ein gesteigertes Leben voll warmen abendlichen Glanzes hinein. In den großen elenden Arbeiterquartieren ist seine Kehrseite.

•

„Rot ist das Blut!"

In W e i m a r am Tage des schwarzrotgelben Rummels. Der Platz vor dem Nationaltheater nur halb gefüllt mit den schwarzrotgelben Reichsbannergarden.

Vom Balkon des Theaters hallt die Rezitation des Schauspielers: „...rot ist das Blut ... golden flackert die Flamme ..."

Eine Stunde später. Vorbeimarsch der schwarzrotgelben Verbände am Karlsplatz vor dem Postamt.

Eine kleine Gestalt, gelbliches Gesicht, kleiner Kopf — General v o n D e i m l i n g, der Schlächter von Verdun und Ypern.

Neben diesem „Pazifisten": größere, breitschultrige Gestalt, mit braunrotem Gesicht, etwas verkniffenen Augen und wolligem Haar — Herr W e l s, der Dezemberschlächter von Berlin, anwesend als Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Der Standrecht-General und der Standrecht-Sozialdemokrat ... ja, rot ist das Blut! Rot schreit das Blut ihrer Opfer — ungesühnt bis heute — nach endlicher Vergeltung!

Schwarz ist das Los des Proletariats in dieser „Republik", rot brennt das Blut der gemordeten Brüder aus unserer Sowjetfahne, golden ist der Profit, der dem Kapital gesichert wurde durch das Schlächterwerk der Deimling und Wels.

•

„Und die rote Fahne steht!" ...

Im nördlichen N o r d b a y e r n. Die KPD. ist hier noch immer verboten, trotz des Reichstagsbeschlusses. Aber: s i e l e b t u n d w i r k t.

Am Abend sitzen wir in einem kleinen Kreis von Genossen des Landstädtchens. Einer liest vor ... „Rote Parade in Moskau ..." Wir alle empfinden, erleben den großen Marschrhythmus des siegreichen Proletariats im Osten ... Wir alle: rote Soldaten des Lenin-Heeres ...

Am Heimweg spreche ich mit einer Münchener Genossin über die Räterepublik von 1919. Sie erzählt vom Wüten der Weißen. Von der Standrechtsmauer im Zuchthaus Stadelheim, die bayrische Mauer von Père Lachaise, wo Hunderte von Kämpfern der Münchener Kommune und Hunderte von Unschuldigen erschossen wurden ... An der Stelle, wo im Gefängnishof L a n d a u e r erschlagen wurde, wuchs im Sommer das Gras in dicken, saftigen Büscheln ... B l u t s a a t ...

Die KPD. in Bayern lebt, trotz der unendlichen Opfer, die gefallen. D i e F a h n e s t e h t — d i e F a h n e d e s L e n i n-H e e r e s.

•

Kultivierte Leiden

An einem regenfreien Nachmittag stoßen wir in den Kurgarten eines nordbayrischen Bades. Großer Betrieb. Uebliche Gartenmusik des „vornehmen" Bades. Die Tische sind dicht besetzt, die Kellner eilen. Ab und zu ein leichtes Beifallklatschen zur Musik.

Wir betrachten uns die Gesellschaft. Es ist uns, als hätte die herrschende Klasse all ihren Abhub hierhergespien und versammelt. George-Groß-Gesichter, fettige kleinbürgerliche Bourgeois, Hochstaplertypen, das widerliche Gespreize eines geschmacklosen und zersaulten Bürgertums.

Auf den Gartenwegen gehen Damen, nach allen Stilen der Mode gekleidet, gehen dicke und dickliche bourgeoise Herren. Sie kommen mit Gläsern von der Heilquelle. „Graziöses" Schlendern. In den Gläsern stecken gläserne Röhrchen, an denen sie von Zeit zu Zeit lässig saugen ... Sie haben „leidende" Mienen. Sie „kultivieren" ihr „Leiden" mit Betonung ...

Der Aufenthalt im Kurgarten wird uns allmählich unerträglich. Wir scheinen, teils durch nicht genügend elegante Kleidung und teils durch etwas bolschewistisches Aussehen aufgefallen zu sein. Pikierte Blicke ...

Am Abend sind wir wieder weit draußen im kleinen Kreis zusammen. Unter uns ein Genosse, der mehrere Jahre in Niederschönenfeld war und auf der Durchfahrt ist. Er erzählt. Er erzählt Tatsachen aus Niederschönenfeld. Unendliche Schikanen, Quälereien, bis zur tagelangen Folterung in Zwangsjacke, im eigenen Kot. Ein System der schuftigsten Schmach der herrschenden Klasse, ein Brandmal der bayrischen Schmach.

V o r w e n i g e n S t u n d e n: das bourgeoise Pack mit seiner „Kultivierung" der Leiden ... H i e r: das brennende und schauerliche Leiden unserer gefangenen Kämpfer durch die Schergen dieses „kultivierten" Packs. Die Leiden der Marterbastille Niederschönenfeld, wo diejenigen hocken, die den „unkultivierten", „rohen", millionenfachen Leiden der proletarischen Massen ein revolutionäres Ende bereiten wollen.

Der Ochse ohne Hörner

Gegen Abend. Straße in der Nähe des Asyls für Obdachlose.

Die „Parias" der Gesellschaft, die „Arbeitsscheuen", wandern ihrer Heimat zu, meist ihre wenigen Habseligkeiten in einem taschentuchgroßen Fetzen bei sich tragend.

Durch die Straße rattert ein Motorrad, dessen Führer rücksichtslos durch die in Scharen dahinwankenden Obdachlosen fährt, die teils fluchend, teils stumpfsinnig zur Seite springen.

Plötzlich bleibt das Motorrad stehen. Der Fahrer versucht vergeblich, den Motor wieder in Schwung zu bringen.

Da tritt ein Obdachloser, dessen Brust ein tätowierter Fridericus-Rex-Kopf ziert, zu ihm, läßt ihn aufsitzen, und fängt an zu schieben, bis der Motor anspringt.

Während das Motorrad bald aus der Sicht verschwindet, befreit er sich von dem ins Gesicht geschleuderten Straßendreck.

A. L e i d i g.

Lenin, ein Feind der Bureaukratie

Von J. E j o w.

Ich hatte damals mit Metallen zu tun. In den Staatsdepots klappte es nicht, Lager im Werte von hunderten Millionen Goldrubel waren unter schlechten Bedingungen aufbewahrt und Plünderungen preisgegeben. Wladimir Iljitsch erkannte dies und beauftragte mich, darüber zu wachen. Ich sollte ihm allmonatlich persönlich Bericht erstatten. Als die Zusammenstellung der vorhandenen Materialien erfolgt war — es waren 10 Millionen Puds, das heißt mehr als 160 000 Tonnen —, ließ mich Wladimir Iljitsch kommen und sagte mir: „Was würdest Du mit den Vorräten machen, wenn Du heute nach Belieben darüber verfügen könntest?" Nach einem Augenblicke der Ueberlegung sagte ich: „Ich würde 90 Prozent der fertigen Fabrikate auf den ländlichen Markt werfen, 10 Prozent ließe ich den Städten. Was die Halbfabrikate und Rohstoffe betrifft, so ließe ich sie zu Fertigwaren verarbeiten, um es dann mit ihnen ebenso zu machen wie mit den bereits fertigen Fabrikaten." Lenin kam rasch auf mich zu, umarmte mich und sagte mir: „Du bist nicht auf den Kopf gefallen. Ich denke schon einige Tage an diese Sache, ich komme zum gleichen Ergebnis wie Du."

Wladimir Iljitsch sagte mir öfter: „Weißt Du, mein Junge, wenn du von der Aktenschmiererei genug hast, dann schreibe mir, aber schreibe mir kurz. Ich werde Dir helfen."

Was den Kampf mit Bureaukratismus und Aktenschmiererei betrifft, schrieb mir Wladimir Iljitsch, ich möge

„1. im Telegrammstil, aber klar und präzise die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei und des Bureaus der Allrussischen Exekutive der Sowjets informieren;

2. den Zeitungen schreiben;

3. mir die Unterstützung der örtlichen kommunistischen Zellen sichern."

„Das sind drei unbedingt notwendige Maßnahmen. Man kann an der Schwierigkeit dieses Kampfes nicht zweifeln. Aber schwierig ist nicht unmöglich."

Wladimir Iljitsch warf mir vor, daß ich in diesem Kampfe nicht bis zum Aeußersten gegangen bin. Im Postskriptum des oben zitierten Briefes schrieb er mir:

„PS. — Wollen Sie mir nicht einmal gleichzeitig mit kurzen, sehr kurzen Informationen über den Kampf gegen die Aktenwirtschaft knappe Mitteilungen über Ihre Organisation (wie groß das Personal? Wieviel Kommunisten? Verantwortliche? Durchführende Organe? Bureauangestellte?) machen, sowie einen kurzen Arbeitsplan vorlegen?

Schreiben Sie kurz, im Telegrammstil; falls notwendig, mit besonderem Anhang. Wenn es lang ist, werde ich sicher nicht alles lesen können.

Wenn Sie praktische Vorschläge zu machen haben, dann tun Sie dies auf einem besonderen Blatt, mit dem Maximum an Kürze, wie ein Telegramm. Kopie an das Sekretariat. Lenin."

Einmal mußte ich warme Kleider an die Arbeiter der Depots ausgeben. Um die Kleider zu erhalten, waren drei Monate papiernen Dienstweges notwendig. Als ich nach einem Monat sah, daß die Sache sich in die Länge zog, ging ich zu Wladimir Iljitsch, der mir sagte: „Nimm, was Du brauchst, Bruder, nur schicke mir ein kleines Stück Papier, auf dem geschrieben steht: entnommen zu diesem und jenem Zweck." Das tat ich auch.

Christliche Kinderfreunde

Düsseldorf, August.

Vor dem Düsseldorfer Schöffengericht findet ein Prozeß gegen den Schreinermeister Bernhard K e m p e r statt. Kemper ist ein eifriges Mitglied der Kirche, der überall seine religiöse Gesinnung hervorkehrt. Die Polizei hat aber leider festgestellt, daß dieser katholische Schreinermeister mit jungen Mädchen Bußübungen vorgenommen hat, die im katholischen Katechismus nicht vorkommen. Er hat 12 bis 15 Jahre alte Mädchen in seine Wohnung geladen, angeblich, damit sie seiner Tochter Gesellschaft leisten sollten. Der fromme Schreinermeister ließ die Mädchen dann meist mehrere Tage in seiner Wohnung schlafen. Man stellte fest, daß die Fürsorge für die Mädchen etwas allzu intim war. Kemper hielt sich einen regelrechten Harem von 10 bis 15 Mädchen, die zum Teil drei auf einmal mit ihm in einem Bett schliefen. Durch Zufall kamen die Schweinereien an die Oeffentlichkeit. Für die katholische Kirche und ihre Scheinheiligkeit ist dieser Vorfall kennzeichnend. Auch hier zeigt sich der Zerfall der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die nicht von den Kommunisten unterhöhlt wird, sondern aus sich selbst heraus mit ihrer Moral zusammenbricht.

Verschwörer und Revolutionäre

34] Von M i c h a e l K a n i o w s k i

Myschkins Plan war sehr einfach: er führte einen Befehl mit sich, der vom Vorstand der dritten Abteilung unterzeichnet war und auf sofortige Herausgabe des Tschernyschewskis an den Ueberbringer lautete. Das Dokument war tadellos nachgemacht. Myschkin wollte anfangs nicht darauf eingehen, daß einer von uns sich an der Partie beteiligte; ein einzelner könne sich leichter retten, wenn es schief gehen sollte, meinte er. Schließlich hatten wir ihn überzeugt, einen von uns als Wachtmeister mitzunehmen. Von Moskau kam ein Brief, Michailoff mußte zurück, es gelang ihm noch, eine Uniform für mich und die nötigen Ausrüstungsstücke zu besorgen.

Wir machten uns auf den Weg und machten Halt, nur um die Pferde zu wechseln. Schnelligkeit war nämlich für das Gelingen Bedingung. Mir ist nur eine rasende Fahrt in der Erinnerung geblieben und die Schreie der Kutscher, wenn sie ihre halbwilden Pferde noch antrieben.

Eine Episode will ich berichten, die ganz an den „Revisor" erinnert. Es war in einem kleinen sibirischen Städtchen, wir saßen schon im Schlitten, da kam ein Kaufmann zu uns und beklagte sich über die Betrügereien des Oberhauptes der Gemeinde. Myschkin zögerte keine Sekunde, er ließ sich zu ihm fahren. Erstaunt trat ich hinter ihm in die Kanzlei, er kannte die Psyche der russischen Behörden sehr gut.

— Wo sind Eure Bücher? — brüllte er von der Schwelle, ohne die Mütze abzunehmen — ich werde Dich, mein Engel, lehren, wie man den Armen ihr Geld stiehlt!

In fünf Minuten war die Geschichte erledigt; trotz der Bitten des Beamten, hatte Myschkin eine strenge Notiz in sein Buch eingetragen und brüllte etwas von Zwangsarbeit, als der Beamte einen ganz leisen Bestechungsversuch gemacht hatte. Wir fuhren ab, aber vor uns her lief das Gerücht, daß ein ganz besonderer Revisor durch Sibirien käme, der die Beamten strafe. Seitdem fanden wir überall die Pferde schon angeschirrt, man wollte uns schnell los sein. Trotzdem hatten wir eine phantastische Sammlung von Klagen und Bitten, mit denen man uns bestürmte. Wir hatten eine Klage über den Polizeimeister, der zwei Bürgersteige gestohlen hatte, über den Popen, der eine Turmglocke widerrechtlich verkauft und den Erlös eingesteckt hatte. Ein Standesbeamter hatte einem Bürger die Frau genommen und ihn selbst als tot eingetragen, die Frau dann mit einem andern verheiratet, ohne ihm die ausgemachte Abfindungssumme zu zahlen; der „tote" Ehemann legte Verwahrung ein gegen die Ansprüche des andern, zu denen nur er das Recht zu haben glaubte. Wir besaßen eine schreckliche Klage einer Witwe, welcher der Richter des Orts die einzige Tochter auf die Liste der Prostituierten gebracht hatte. Alle Geheimnisse des grauenhaften Lebens in Sibirien enthüllte man vor uns. Zwei Töchter klagten, daß der Polizeimeister, mit Hilfe des Stabsarzt ihren Vater ins Lazarett gebracht hätte, weil die ältere von ihnen sich weigerte, dem Kaufmann Atramoff ihre Jungfräulichkeit für 50 Rubel zu verkaufen. Gegen denselben Atramoff klagte ein kleiner Postbeamter, er hätte ihm die 50 Rubel für seine Frau nicht bezahlt, die er ihm jungfräulich in der ersten Nacht überlassen hätte. Atramoff behauptet — schrieb der Postbeamte — er hätte sie nicht jungfräulich befunden, dann ist aber der Steuerbeamte Wiktoroff schuld und soll mir die 50 Rubel ersetzen. Myschkin wurde regelmäßig blaß, wenn er diese Urkunden las, die nicht mehr mit Blut, sondern mit übelriechendem Eiter von schrecklichen Wunden am Körper dieser menschlichen Gesellschaft geschrieben schienen.

Das Gefühl seiner Ohnmacht war ihm schrecklich und er litt unter diesem Gefühl des beiseite stehenden Zuschauers, welches doch in jedem gut entwickelten Mitteleuropäer lebt, denn es wäre sonst ein ruhiges bürgerliches Leben nicht denkbar.

Wir hatten Irkutsk hinter uns und machten nun nirgends Halt. In wenigen Tagen, träumten wir, würde er bei uns sein und seine Stimme in unserem Kreis erheben. Ich dachte daran, was er, Tschernyschewski, würde fühlen müssen, und wagte es kaum zu erhoffen. Die Regierung wußte genau, was sie tat, als sie den revolutionären Gedanken dazu verurteilte, in dieser einsönigen und deprimierenden Oede zu leben. Hinter Wilujsk wird das Land leeer wie eine Wüste, als ob hier die Natur erblindet wäre für alle Ewigkeit. Wir fuhren an dem Gebäude vorbei, in dem Tschernyschewski sich aufhielt. Eine hohe Palisade um das Haus, daneben ein kleines Wäldchen und sonst nichts, soweit das Auge reichte. Eine öde Stille rundherum.

— Man hat ihn entführt — sagte Myschkin — da ist nichts zu machen. Kannst Du Dir vorstellen, daß man kalten Blutes jemanden hierher schickt und leben läßt, lange, lange Jahre? ... Nein, nein, der Mensch ist böse, gemein ... es ist schwer zu ertragen. Und sie wußten doch, wer er war. Endlich kamen wir zum Hause des Kommandanten. Er war nicht da, wir mußten übernachten.

Am nächsten Tage ging alles schief. Der Kommandant hatte einen Befehl, betreffs Tschernyschewski nichts ohne besondere Anweisung des Generalgouverneurs von Irkutsk zu unternehmen.

— Daß Sie so ohne Kosacken reisen? — wunderte er sich und war dabei beunruhigend höflich.

Mit Gewalt hätten wir nichts erreichen können. Wir mußten fort, ohne ihm auch ein Zeichen hinterlassen zu können, daß das Leben schon dicht an seinem Grabe war. Wir mußten für in seiner Einöde zurücklassen. Myschkin zuckte die Achseln und sah auf seinen Revolver; für ihn war das Mißlingen eine moralische Niederlage.

Er sagte dem Kommandanten, daß er nach Irkutsk wolle, um den Befehl zu holen.

— Ich gebe Ihnen zwei Kosacken mit! — sagte der Kommandant. Myschkin versuchte abzulehnen und bedankte sich für die Zuvorkommenheit.

— Aber das ist meine Dienstpflicht — meinte der Kommandant — man würde mich verabschieden, wenn ich Sie so fahren ließe.

Das war schon ein Spiel mit aufgedeckten Karten. Wir konnten uns noch freuen, daß er nicht mehr als zwei von seinen Kosacken abzukommandieren wagte. Gottseidank bekamen auch wir beide Reitpferde auf Myschkins Verlangen, aber die Kosacken hatten Karabiner und wir nur Revolver. Der Ausgang eines Kampfes mußte sehr zweifelhaft erscheinen. Auch konnte man an den Gesichtern der beiden Kosacken, die uns begleiteten, sehen, daß sie spezielle Befehle erhalten hatten. Ich hatte den Eindruck, daß sie vor uns auf der Hut waren. Als Myschkin dem einen befohlen hatte vorzureiten, weil wir den Weg verfehlt hätten, führte er den Befehl nur sehr widerwillig aus. Wir legten einige Stationen zurück ohne Zwischenfall.

Am nächsten Tage mußten wir handeln, wir sollten am Standort einer Abteilung vorbeikommen und wußten nicht, ob unsere Beiden nicht den Befehl hatten, unter irgendeinem Vorwande die Eskorte zu vergrößern. Mitten im Walde wandte sich Myschkin an die Kosacken und befahl ihnen, umzukehren und eine Mappe mit Akten zu holen, die er beim Kommandanten vergessen hätte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240903-15/fragment/page=0008